

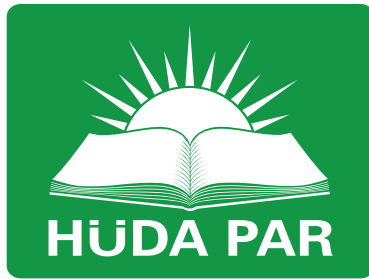


**HÜDA PAR**

(PARTEI DER GERECHTEN SACHE)

PARTEI PROGRAMM





HÜR DAVA PARTİSİ  
(PARTEI DER GERECHTEN SACHE)

PARTEI PROGRAMM

1. Baskı: Temmuz 2026

☎ (0312) 472 48 32  
✂ x.com/HurDavaPartisi  
🌐 hudapar.org  
✉ iletisim@hudapar.org

📍 Tevfik İleri Mah. Emek Caddesi  
No: 2, 06145 Pirsaklar/ANKARA

# INHALT

|                                                                                             |               |
|---------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|
| <b>I - EINLEITUNG</b>                                                                       | <b>7</b>      |
| Ist die Gründung einer neuen Partei notwendig?                                              |               |
| Warum Partei der gerechten Sache (Hür Dava Partisi)?                                        | 8             |
| Was sind die Prinzipien und Ziele dieser Bewegung?                                          | 10            |
| <br><b>II - GRUNDRECHTE UND GRUNDFREIHEITEN</b>                                             | <br><b>13</b> |
| A - Recht Auf Leben Und Sicherheit<br>(Erhaltung Des Lebens – Hifz Al-Nafs)                 | 13            |
| B - Gedanken-, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit<br>(Wahrung des Intellekts – HIFZ AL-AQL) | 14            |
| C - Glaubens- und Religionsfreiheit<br>(Erhaltung der Religion – HIFZ AL-DIN)               | 15            |
| D - Recht auf Bildung und persönliche Entwicklung                                           | 16            |
| E - Recht auf Eigentum und Erbschaft<br>(Vermögensschutz – hifz al-mal)                     | 17            |
| F – Freiheit, auf der Suche nach Gerechtigkeit und<br>richterliche Unabhängigkeit           | 18            |
| G - Recht auf Heirat und Familiengründung<br>(Erhaltung der Abkommens Art – hifz al-nasl)   | 20            |
| H - Frauen, Kinder, Behinderte und andere<br>benachteiligte Gruppen                         | 22            |
| I - Aufenthaltsimmunität und Kommunikationsfreiheit                                         | 22            |
| J - Reise- und Aufenthaltsrecht                                                             | 23            |
| K - Stimm-und Wahlrecht sowie Mitwirkung an der Verwaltung                                  | 23            |
| L - Recht auf Arbeit, Erholung, Berufsausübung und<br>Gewerkschaftsbildung                  | 24            |

|                                                                                                      |               |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|
| <b>III - STAATLICHE STRUKTUR, ZWECK UND AUFGABEN .....</b>                                           | <b>27</b>     |
| A - Die neue Verfassung und der Wille des Volkes .....                                               | 30            |
| B - Sicht der Amtsträger und Bürger .....                                                            | 32            |
| C - Kurdisches Problem .....                                                                         | 33            |
| D - Dezentralisierung und Stärkung der lokalen Verwaltungen .....                                    | 37            |
| E - Ethnischer und religiöser Minderheiten und<br>Prävention von Rassismus und Diskriminierung ..... | 38            |
| F - Transparenz im öffentlichen Dienst, Bekämpfung<br>von Korruption und Missbrauch .....            | 39            |
| G - Geschichte und Kultur .....                                                                      | 40            |
| H - Schutz von Umwelt und Natur .....                                                                | 41            |
| <br><b>IV - WIRTSCHAFT EINFÜHRUNG .....</b>                                                          | <br><b>43</b> |
| <b>Unsere Wirtschaftspolitik .....</b>                                                               | <b>46</b>     |
| A - Armutsbekämpfung - Einkommensverteilung .....                                                    | 48            |
| B - Wirtschaftlich unterentwickelte Regionen .....                                                   | 49            |
| C - Export-Import Gleichgewicht - Produktionskosten .....                                            | 50            |
| D - Energiekosten - Kernenergie .....                                                                | 51            |
| E - Landwirtschaft und Viehzucht .....                                                               | 51            |
| F - Rückkehr In Die Dörfer Und Ländliche Entwicklung .....                                           | 53            |
| G - Bewirtschaftung Von Staatlichem Land .....                                                       | 54            |
| H - Vermeidung Von Verschwendung Und Korruption, .....<br>Effizienter Ressourceneinsatz .....        | 54            |
| I - Haushaltsdefizit und Staatsverschuldung .....                                                    | 55            |
| J - Steuergerechtigkeit .....                                                                        | 56            |
| K - Entwicklung, Renaturierung und Bewirtschaftung von Wäldern ....                                  | 57            |
| L - Grenzhandel .....                                                                                | 57            |

|                                                    |           |
|----------------------------------------------------|-----------|
| <b>V - AUSSENPOLITIK .....</b>                     | <b>59</b> |
| <br><b>VI - SOZIALPOLITIK .....</b>                | <b>67</b> |
| A - Bildung .....                                  | 67        |
| B - Gesundheit .....                               | 73        |
| C - Soziale Sicherheit und soziale Dienste .....   | 74        |
| D - Frauen und Familie .....                       | 76        |
| E - Jugend und Sport .....                         | 78        |
| F - Bürger mit Behinderung .....                   | 79        |
| G - Rechte von Gefangenen und Sträflingen .....    | 80        |
| H - Kultur und Kunst .....                         | 81        |
| I - Druck - Visuell Presse und Kommunikation ..... | 82        |
| J - Wissenschaft und Technologie .....             | 83        |
| K - Urbanisierung und Wohnungsbau .....            | 83        |
| L - Verkehr .....                                  | 84        |
| M - Verbindung .....                               | 85        |
| N - Umwelt .....                                   | 86        |
| O - Tourismus .....                                | 87        |
| <br><b>VIII - ABSCHLUSS.....</b>                   | <b>89</b> |



## I - EINLEITUNG

Der allmächtige Gott hat die Welt und alles darin für die Menschheit erschaffen. Er hat es für seine Bedürfnisse geschaffen und in seinen Dienst gestellt.

Erstellt als Ahsen-i-Takvim (auf die schönste Art und Weise) Als Folge böswilliger Eingriffe in die menschliche Natur, Der Verlierer war die Menschheit als Ganzes Die durch diese Eingriffe verdorbene menschliche Natur muss wiederhergestellt werden. zum Wesen des Menschen und kehrte aus der spirituellen Krise, in der er sich befand, zu seiner Natur zurück wird zum Mittel der Entstehung und Erlösung. Danach kann die Menschheit die Mission der Rettung der gesamten Menschheit übernehmen.

Die Vorstellung, dass der Mensch dem Menschen wie ein Wolf sei, hat unsere Gesellschaft von ihrem Wesen entfremdet. Gemäß unserer Kultur und Zivilisation sind alle Menschen Brüder, wie die Kinder von Adam und Eva. Das Grundgesetz des Lebens ist nicht Kampf und Krieg, sondern Solidarität und gegenseitige Hilfe.

Vorausgesetzt, dass seine Natur nicht verdorben ist, „unterdrückt ein Bruder seinen Bruder nicht, wenn er in Schwierigkeiten steckt, lässt er ihn nicht im Stich.“ Diese höchsten Werte diejenigen, die diese Werte mit Erweckung haben und sie in ihrem Leben tragen Es ist notwendig, ein Volk und eine Gesellschaft wieder aufzubauen, die dies umsetzt alle Anstrengungen zu unternehmen, um Erfolg zu erzielen, negative externe ver-

sucht, sein Wesen trotz der Bedingungen und gegen Angriffe zu schützen Für uns, die wir Widerstand leisten, ist es eine Schuld und eine Pflicht.

Wir bleiben nah am Geschehen und Schweben nicht auf Wolken. Wir verfolgen keine mystischen, realitätsfernen Ideale, die keine Chance auf Umsetzung haben. Wir haben Ideale, von denen wir glauben, dass sie in die Praxis umgesetzt werden können. Wir sind entschlossen, die Menschen zu begleiten, die an diese Ideale glauben, und wir setzen uns dafür ein, realistische Lösungen zu ihrer Verwirklichung zu entwickeln.

Zusammenfassend; in unserem Denken und Glauben, die Realität ignorierend ein Idealismus, der nicht kommt, und ein Realismus, der uns unsere Ideale nicht vergessen lässt (Realismus) trifft.

Ein Individuum oder eine Gesellschaft ohne Zweck, Ziel und Programm wird es hat kein Ziel. Wer ein Ziel hat, kommt voran, wer nicht nur sie wandern umher. Wir setzen uns unsere Ideale zum Ziel und folgen wir dies wie möglich, wir sind in der Lage, den Punkt zu erreichen, den unser Leben und unsere Kräfte zulassen, wir hoffen auf Erfolg.

### **Ist die Gründung einer neuen Partei notwendig? Warum Partei der gerechten Sache (Hür Dava Partisi)?**

Die politischen Parteien und Regierungen in der Türkei;

Haben die Lösung stets hinausgezögert, anstatt sich den Wahrheiten zu stellen und Lösungen für die Probleme zu finden.

Anstatt die Anerkennung und Ausübung von Rechten und Freiheiten zu gewährleisten, sie sind an Bedingungen gebunden.

Probleme dauerhaft lösen und die Lösung institutionalisieren

Stattdessen hielten sie vorübergehende Maßnahmen für ausreichend.

Insbesondere waren sie unaufrichtig, was die Beseitigung der Hindernisse für die Glaubensfreiheit und die Kurdenfrage anging, und betrachteten diese Themen zudem als Mittel zur Erlangung politischer Vorteile.

Obwohl sie Vertreter verschiedener Schichten der Gesellschaft sind, sahen sie sich als einzige Vertreter aller, verhielten sich, als würden sie die gesamte Gemeinschaft repräsentieren und versuchten, dem Volk ihre Ideologie aufzuzwingen.

Sie haben ihre Versprechen vergessen, das Parteien- und Wahlgesetz zu ändern und gegen Ungerechtigkeit vorzugehen.

Darüber hinaus;

Soziale Gerechtigkeit ist nicht erreicht worden,

Entscheidungen und Beschlüsse der für die Rechtspflege zuständigen Gerichte Praktiken haben Ausmaße erreicht, die das öffentliche Gewissen beunruhigen Erreichen.

Die Gesellschaft wird für politischen Vorteile, in ethnische Konflikte hineingezogen,

Um gute Beziehungen zur globalen Tyrannei aufrechtzuerhalten, an der Unterdrückung beteiligt zu sein oder Zuschauer sein.

Das Beharren des Systems darauf, keinen Frieden mit den Werten des Volkes zu schließen.

Diejenigen, die sich über das System beschwerten, nachdem sie an die Macht gekommen sind sich daran anzupassen und sein Besitzer zu werden.

Der politische Verfall hat große Ausmaße angenommen.

Und am wichtigsten ist die Erosion der Werturteile der Menschen und die zunehmende Intensivierung der Bemühungen zur Entpersonalisierung der Gesellschaft, Es genügt, dass diese Bemühungen erste Ergebnisse zeitigen. Die fehlende Reaktion, eine neue politische Bewegung ist notwendig hat die Idee in uns geformt.

Es ist auch ein Ort, an dem es den Gemeinschaften an politischer Vertretung mangelt, den sozialen Frieden zu sichern und auf eine solide Grundlage zu stellen das ist nicht möglich. Keine der bestehenden politischen Parteien viele Denker und Es ist Zeit, diese politische Bewegung mit den Forderungen und Vorschlägen des Segments zu etablieren wir gingen davon aus, dass er angekommen sei.

## Was sind die Prinzipien und Ziele dieser Bewegung?

Diese Bewegung;

Er glaubt, dass die Gerechtigkeit für nichts geopfert werden darf.

Niemand sollte die körperliche, geistige und seelische Gesundheit der Gesellschaft schädigen. Es erkennt die Freiheit des Handelns und der Rede nicht an.

Bürgern; Freiheit, Bildung, Gesundheit, Sicherheit und humanitäre alle Maßnahmen zur Gewährleistung des Rechts auf Leben sollten vom Staat ergriffen werden glaubt, dass es notwendig ist, es zu nehmen.

Akzeptiert nicht, dass eine Einzelperson oder Organisation das Recht hat, ihr Eigentum, ihren Reichtum oder andere Ressourcen auf eine Weise zu verwenden, die einer anderen Person, Organisation oder der Gesellschaft im Allgemeinen schaden würde.

Diese Bewegung; die Wiederherstellung der Gerechtigkeit als oberstes Ziel erklärt.

### **Unsere anderen Ziele sind;**

Staat und Politik neu definieren.

Die grundlegenden Werte der Gesellschaft in die Politik einzubringen und sie dominant zu machen.

Nicht die Gesellschaft mit dem System, sondern das System mit den Werten der gesellschaftlichen Überzeugungen harmonisieren.

Bewusst oder unbewusst entleert und tatsächlich die menschlichen und islamischen Werte wiederzubeleben, die uns zu dem machen, was wir sind, und machen es bewohnbar.

Um die Sicherheit von Leben, Eigentum, Religion, Geist und Generation zu gewährleisten.

Wirkliche Anerkennung der grundlegenden Menschenrechte und Freiheiten zu gewährleisten.

Um die Hindernisse für die Glaubens- und Religionsfreiheit zu beseitigen.

Um eine Lösung der Kurdenfrage auf der Grundlage der Gerechtigkeit zu gewährleisten.

Um dem Mangel an Spiritualität und dem moralischen Verfall ein Ende zu setzen.

Um eine gerechte Verteilung und soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten.

Um die Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung zu beseitigen und den Wohlstand zu erhöhen Ausbreitung auf die Basis.

Um zum sozialen Frieden und zur Ruhe beizutragen.

Um sicherzustellen, dass die Justiz fair, unabhängig und unparteiisch ist.

Um die Gerechtigkeit in den Mittelpunkt der Außenbeziehungen zu stellen.

Um mit den Nachbarländern gut auszukommen.

## II-GRUNDRECHTE UND GRUNDFREIHEITEN

Jeder Mensch besitzt bestimmte angeborene Rechte und Freiheiten. Sogar das Recht auf Leben beginnt bereits im Mutterleib. Diese Rechte sind absolut, unveräußerlich, unverzichtbar und nicht verhandelbar. Der Staat ist dafür verantwortlich, diese Rechte zu gewährleisten und gleichzeitig zu verhindern, dass die Rechte von Minderheiten durch die Mehrheit abgeschafft oder verletzt werden.

Der Wesensgehalt dieser Rechte darf nicht angetastet werden. Ebenso wenig dürfen Gesetze erlassen werden, die sie beseitigen oder erheblich einschränken. Legitim und in notwendigen Fällen, ohne den Kern der Situation zu berühren entsprechend den Anforderungen und im Verhältnis zum Zweck der Beschränkung Eine zeitliche Einschränkung ist nur durch Gesetz möglich.

### A - Recht Auf Leben Und Sicherheit (Erhaltung Des Lebens – Hifz Al-Nafs)

Das Recht auf Leben und Sicherheit sind natürliche Rechte. Was für den Menschen lebensnotwendig ist das Recht auf Leben und Sicherheit. Dieses Recht ohne einen legitimen Grund kann nicht beseitigt werden, seine Grenzen können nicht verengt werden, nicht einmal der Staat kann dieses Recht haben kann nicht verletzen.

Der Staat muss in erster Linie das Recht auf Leben und Sicherheit respektieren. Zustand

Eingriff in das Recht auf Leben durch die Hand eines gewöhnlichen Bürgers schwerwiegendere Konsequenzen als die Verletzung des Lebensrechts eines anderen angeschlossen werden müssen.

Das Recht auf Leben umfasst auch die staatliche Versorgung der Grundbedürfnisse. Der Staat ist verpflichtet, die Bedürfnisse der Armen und Bedürftigen zu erfüllen. Es ist seine Pflicht, seinen Bürgern die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben zu gewährleisten.

## **B - Gedanken-, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit (Wahrung des Intellekts – HIFZ AL-AQL)**

Das markanteste und charakteristischste Merkmal des Menschen ist sein Geist und das, was aus ihm hervorgeht, ist gedacht. Menschen unterscheiden sich durch ihre geistigen Fähigkeiten von anderen Lebewesen. Sie gehen. Gedankenfreiheit bedeutet auch, seine Gedanken mit der Gesellschaft zu teilen, das heißt, die Freiheit der Meinungsäußerung und um einen bestimmten Gedanken dazu gehört auch das Vereinigungsrecht.

Damit der Geist funktionieren kann, ist Gedankenfreiheit notwendig. Eine Möglichkeit, gesunden Menschenverstand zu erreichen, besteht darin, dass der Einzelne soziale Probleme anzugehen und Problemlösungen zu finden nachzudenken und ihre Ideen mit der Gesellschaft zu teilen. Sozialfortschritt ist nur möglich, wenn es Menschen gibt, die Ideen produzieren. Den Weg des Denkens zu blockieren ist die größte Sünde, die der Menschheit angetan werden kann, Es ist Ungerechtigkeit und Grausamkeit gegenüber der menschlichen Natur.

Beleidigung, Verleumdung, Gewaltanwendung, Rassismus, Diskriminierung, Gesellschaft

Beleidigung heiliger Werte und Begehung von Handlungen, die der menschlichen Natur zuwiderlaufen kann, nicht als Gedankenfreiheit betrachtet werden und kann nicht geschützt werden.

Darüber hinaus kann es den menschlichen Geist vorübergehend abstumpfen. Zur Bekämpfung von Alkohol, Drogen und das Verbot von Stimulanzien; durch unterschwellige Nachrichten es ist ganz natürlich, dass Unmoral Menschen beeinflusst, ohne dass sie es merken, es ist auch ratsam, Veröffentlichungen und Studien zu verhindern, die solche Dinge zeigen, Gewährleistung von Sicherheit und Gedankenfreiheit wir betrachten es als die Beseitigung von Hindernissen.

### **C - Glaubens- und Religionsfreiheit (Erhaltung der Religion – HIFZ AL-DIN)**

Jeder muss die Freiheit haben, seine Religion auszuüben und die von seinem Glauben geforderten Rituale durchzuführen. Davon ausgenommen sind abweichende Glaubensvorstellungen, die der menschlichen Natur und Schöpfung widersprechen. Diese Freiheit muss durch die Verfassung und die Gesetze garantiert werden.

Zur Religions- und Gewissensfreiheit gehört auch das Recht, sich mit Angehörigen derselben Religion gemeinsam zu versammeln und sich zu vereinigen.

Dazu gehört auch, nach den Grundsätzen der eigenen Religion zu leben, die Religion von angesehenen Menschen zu lernen, die eigenen Kinder zu erziehen und nicht zu Handlungen gezwungen zu werden, die ihrem Glauben zuwiderlaufen. So können Bürgerinnen und Bürger frei wählen, was ihr Glaube vorschreibt, und das Tragen des Hijab ist in allen Regierungsbereichen erlaubt. Die Unterscheidung zwischen privaten und öffentlichen Bereichen ist bei der Ausübung der Religion nicht anwendbar.

Mitarbeiter öffentlicher Einrichtungen und Organisationen können

bequem Gottesdienste abhalten, muss eine geeignete Umgebung geschaffen werden. Sie sollen ihren Beruf in einer ihrem Glauben entsprechenden Kleidung ausüben können.

Die Regierung soll sich nicht als Autorität betrachten, die Religionen formen kann, und das Präsidium für religiöse Angelegenheiten, das in den Anfangsjahren zu diesem Zweck gegründet wurde, soll autonom sein.

Der Staat soll alle Hindernisse beseitigen, die die Ausübung des religiösen Lebens behindern. Auch der Staat darf sich nicht in die Religion der Bürger einmischen. Es darf keine Einschränkungen oder Zwänge gegen Religion und religiöse Menschen geben. Der Staat kann nicht bestimmen, was seine Bürger glauben oder wie sie glauben, noch kann er entscheiden, welcher Religion sie angehören sollen. Er darf sich nicht in die Ausübung ihres Glaubens einmischen. Der Staat soll jegliche Form der Einmischung verhindern, unabhängig von ihrer Quelle.

## **D - Recht auf Bildung und persönliche Entwicklung**

Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung und Entfaltung, unabhängig von Sprache, Rasse und Religion. Dieses Recht darf niemandem verwehrt werden, unabhängig von Sprache, Rasse, Geschlecht, Religion oder Kleidung.

Während der Staat seinen Pflichten in Bezug auf Bildung und Ausbildung nachkommt, kann nicht diskriminieren. Der Staat sollte die Schulpflicht kostenlos gewährleisten muss.

Die religiöse Erziehung der Kinder muss unter der Leitung ihrer Eltern erfolgen. Ohne die Zustimmung ihrer Eltern dürfen die Kinder keinen religiösen Unterricht erhalten. Kein Elternteil darf daran gehindert werden, seine Kinder in einer bestimmten Religion zu erziehen.

Bildung in der Muttersprache ist ein natürliches Menschenrecht. Kinder in einer Sprache zu unterrichten, die sie nicht beherrschen, widerspricht dem Grundsatz der Chancengleichheit.

### **E - Recht auf Eigentum und Erbschaft (Vermögensschutz – hifz al-mal)**

Jeder Mensch hat das Recht, allein oder in Partnerschaft mit anderen auf Eigentum. Niemand kann willkürlich seines Rechts beraubt werden, Eigentum zu besitzen.

Der Erwerb und die Veräußerung von Eigentum müssen in einem rechtmäßigen Rahmen erfolgen. Keine natürliche oder juristische Person hat das Recht, ihr Eigentum, ihren Reichtum oder andere Ressourcen so zu nutzen, dass sie einer anderen Person, Organisation oder der Gesellschaft im Allgemeinen schadet.

Niemand hat die Freiheit, sein Eigentum zu zerstören oder zu verschwenden.

Das Recht, Eigentum zu erwerben; gegen Diebstahl, Usurpation und Schutz von ungerechtfertigten Steuern.

Der Staat hat die Gerichtsbarkeit über den Kauf, Verkauf und die Nutzung von Privateigentum, bei der Besteuerung die Art des Eigentums und seiner Bürger Bedingungen müssen berücksichtigt werden. Der Staat soll Zustand des Leben Ermitteln und finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, um diesen Bedarf zu decken und seine Bürger von wirtschaftlich schlechten Bedingungen zu stützen. Der Staat stellt seinen Bürgern nicht die lebensnotwendigen Bedürfnisse zur Verfügung, um Profit zu machen, dies sollte nicht als solches betrachtet werden und Steuern sollten diese Notwendigkeiten nicht unerreichbar machen. So darf er beispielsweise keine Steuern von Bürgern erheben, die nur eine Wohnung besitzen und diese nicht für Investitionen und Handel nutzen.

Das Eigentumsrecht umfasst auch das Recht, Erben zu beerben. Der Staat kann die Nutzung weder einschränken noch verhindern. Die Erbteilung sollte nicht für alle gleich geregelt sein, sondern jeder Gesellschaft sollte die Möglichkeit geben, das Erbe nach ihren eigenen Glaubensvorstellungen, Bräuchen und Traditionen aufzuteilen.

Das Erbe, für das es keine Erben gibt oder für das kein Erbe ermittelt werden kann, soll nicht dem Staat überlassen, sondern den Armen oder Fonds zur Unterstützung von armen Menschen, die nicht heiraten können, alleinlebenden Frauen und Waisen zugeteilt werden.

Der Erwerb von Eigentum durch Ausländer ist einzuschränken und darf nicht gestattet werden, wenn eine Gefährdung der Sicherheit besteht.

## **F – Freiheit, auf der Suche nach Gerechtigkeit und richterliche Unabhängigkeit**

Vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich.

Jeder hat das Recht, sich an die zuständigen Gerichte oder Verwaltungsbehörden zu wenden, um einen wirksamen Schutz seiner Rechte und rechtlichen Schutz vor der Verletzung seiner in der Verfassung und den Bestimmungen des Völkerrechts festgelegten Grundrechte zu verlangen.

Es ist das unbestreitbare Recht jedes Einzelnen, seine Rechte einzufordern. Jeder hat das Recht, sich mit der Geltendmachung solcher Ansprüche an die zuständigen Gerichte und Verwaltungsbehörden zu wenden.

Für Einzelanträge an den Verfassungsgerichtshof fallen Gebühren an, wirtschaftlich schwachen Bürgern wird dieses Recht vorenthalten, Neue Regelungen zu diesem Thema getroffen werden. Mit

dieser Regelung werden sämtliche Ansprüche aus Rechtsverletzungen Anträge sollten von der Gebühr befreit werden, abgelehnte Anträge Auch Artikel, die den Bürgern Geldbußen auferlegten, werden aufgehoben.

Der Staat muss die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz gewährleisten, muss die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Justiz gewährleisten.

Es werden neue Regelungen geschaffen, um die Unabhängigkeit der Richter von ihren ideologischen und politischen Ansichten zu gewährleisten. Richter, die Entscheidungen aufgrund der ethnischen, religiösen, ideologischen Zugehörigkeit oder des sozialen Status der verurteilten Person treffen oder ihre Neutralität in ihren Entscheidungen verlieren, müssen den entstandenen Schaden ersetzen und werden von ihrem Beruf suspendiert. Diskriminierung wird mit harten Sanktionen geahndet.

Widersprüche in Gerichtsentscheidungen sollen beseitigt und ein für alle und jederzeit gültiges Rechtssystem geschaffen werden. Zu diesem Zweck sollen wirksame Kontrollmechanismen und -strukturen innerhalb des Justizsystems geschaffen werden. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass die Justiz der Kontrolle der Exekutive unterliegt.

Die Justiz sollte von der Politik ferngehalten werden. Offen für politische Einflüsse Das Justizsystem sollte vermieden werden.

Streitparteien sollen sich auf Verfahren und Recht einigen können. Im Rahmen des gewählten Rechts sollte ihnen die Möglichkeit gegeben werden, einen Schiedsrichter zu ernennen, der zwischen ihnen entscheidet. Das Gesetz muss den Streitparteien das Recht einräumen, das von ihnen respektierte Rechtssystem zu bestimmen. Es sollte ein Rechtssystem geschaffen werden, das ihren Traditionen und Überzeugungen entspricht und es ihnen er-

möglichst, von ihnen respektierte Personen als Schiedsrichter zu ernennen.

Das regionale Oberstraßgericht, das die Staatssicherheitsgerichte (DGM) und die Sondergerichte (ÖYM) fortführt und dem Grundsatz der Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz widerspricht, soll abgeschafft werden. Im Verfahrens- und Vollstreckungsrecht soll stattdessen das Gerechtigkeitsprinzip gewahrt werden. Die Regelung „Verbrechen und Strafen gegen die Regierung“ etablierte eine Ausnahmeregelung und ersetzte das Konzept des „gerechten Staates“ durch das des „Polizeistaats“. Solche Regelungen, die zu Diskriminierung und Ungerechtigkeit geführt haben, sollen dringend abgeschafft werden.

## **G - Recht auf Heirat und Familiengründung (Erhaltung der Abkommens Art – hıfz al-nasl)**

Jeder Mann und jede Frau, die das heiratsfähige Alter erreichen, haben das Recht zu heiraten und eine Familie zu gründen. Die Familie ist der Kern der Gesellschaft und die Garantie ihres Fortbestands. Eine gesunde Gesellschaft ist nur mit gesunden Familien möglich. Daher ist der Schutz der Familie und die Förderung der Familiengründung Dies zu tun, ist eine der Pflichten des Staates.

Personen im heiratsfähigen Alter, die aufgrund mangelnder Mittel nicht heiraten können, muss notwendigen Möglichkeiten geschaffen werden. Zu diesem Zweck sollten Mittel aus dem Gesamthaushalt bereitgestellt werden, auch das Erbe von Personen, die ohne Hinterlassen eines Vermächnisses verstorben sind, wird diesem Fonds zugeführt, junge Leute sollten verheiratet sein.

Da die Familie die Grundeinheit der Gesellschaft ist, sind alle Gesetze, Entscheidungen und damit verbundene Pläne, die die Gründung einer Familie erleichtern, die Heiligkeit von und Schutz der

Familienbeziehungen und des Naturrechts und sollte auf moralischen Prinzipien beruhen. Durch die Heirat zwischen einem Mann und einer Frau entsteht eine Familie. In einigen Ländern Mit homosexuellen, perversen Beziehungen kann keine Familie gegründet werden. Familie dazu kann nicht ausprobiert werden. Durch derartige Dinge wird die Heiligkeit der Institution Familie aufgehoben. Perverse Beziehungen können von der Gesellschaft und dem Staat nicht als legitim akzeptiert werden.

Der religiöse Ehevertrag, der in der Gesellschaft üblich ist und untrennbar mit dem Glauben der Gesellschaft verbunden und religiös bindend ist, soll entkriminalisiert werden und dieser Form der Ehe soll ein offizieller Status zuerkannt werden.

Aus säkularer Sicht gilt: „Wenn etwas rechtlich richtig ist, spielt es keine Rolle, ob die Handlung moralisch verwerflich oder religiös verboten ist. Dass Unzucht von der überwiegenden Mehrheit unserer Gesellschaft als verboten (haram) und als große Unmoral angesehen wird, da sie die Moral korrumpiert und untergräbt, zur Vermischung der Generationen führt und den Frieden und die Ruhe der Gemeinschaft stört. Daher soll Unzucht, die nach säkularem Verständnis noch einige Jahre lang kein Verbrechen darstellte, als Verbrechen neu definiert werden. Denn das Verbot von Unzucht soll die Sicherheit künftiger Generationen schützen, und der Schutz der Sicherheit von Generationen ist ein grundlegendes Menschenrecht.

Andererseits müssen sexuelle Persionen, die die Abstammung verderben und die gesamte Menschheit bedrohen, verboten und als Verbrechen eingestuft werden, da sie die gesamte Gemeinschaft betreffen und in den Geltungsbereich der Menschenrechte fallen.

## **H - Frauen, Kinder, Behinderte und andere benachteiligte Gruppen**

Die Arbeitsbedingungen von Frauen sollten den Anforderungen ihres Geschlechts angepasst sein. In Betrieben, vor allem im Bildungs- und Gesundheitswesen, wo Dienstleistungen für Frauen erbracht werden, dürfen ausschließlich Frauen beschäftigt werden.

Frauen, die arbeiten möchten, dürfen aufgrund ihrer religiösen Vorlieben und ihrer Kleidung nicht daran gehindert werden. Der Unterhalt verwitweter Frauen (deren Ehemänner verstorben oder geschieden sind) und Frauen, deren Ehemänner nicht arbeiten können (aufgrund von Behinderung, Haft, Gefängnis oder Verschwinden), wenn sie nicht arbeiten möchten, der Lebensunterhalt muss vom Staat übernommen werden. Witwen und Witwen ohne soziale Absicherung, die Kosten für Hilfe, Unterkunft und Verpflegung von Waisenkindern sollten vom Staat übernommen werden. Zwangsarbeit von Kindern unter fünfzehn Jahren sollte verboten werden. Die Bildungsausgaben der Kinder, die aufgrund des Fehlens eines erwerbstätigen Familienmitglieds zur Schule gehen müssen, müssen vom Staat übernommen werden, um ihre Fortsetzung der Ausbildung sicherzustellen. Ihre Familien müssen mit einer Unterstützung in Höhe des Mindestlohns unterstützt werden.

Der Lebensunterhalt und die Betreuung arbeitsunfähiger Menschen mit Behinderung müssen vom Staat sichergestellt werden. Es müssen entsprechende Maßnahmen ergriffen werden, wobei der Beschäftigung arbeitsfähiger Menschen mit Behinderung in geeigneten Positionen Vorrang eingeräumt werden muss.

## **I - Aufenthaltsimmunität und Kommunikationsfreiheit**

Die Wohnung jedes Bürgers ist unantastbar. Die Kommunikation ist frei. Verbrechensverhütung, öffentliche Sicherheit oder öffent-

liche Gesundheit und auch aus Gründen wie dem Schutz der Moral und Gerichtsentscheidungen Durch das Abhören der Umgebung kann auf den Wohn- oder Arbeitsplatz einer Person nicht zugegriffen werden.

Die Kommunikation eines Bürgers mit seinen Familien kann nicht überwacht werden, und sein schriftlicher, mündlicher oder visueller Austausch darf unter keinem Vorwand überwacht oder behindert werden. Notwendige gesetzliche Regelungen hierzu sollte sofort erledigt werden.

### **J - Reise- und Aufenthaltsrecht**

Jeder Bürger kann sich im In- und Ausland frei bewegen, hat das Recht, zu reisen und sich aufzuhalten, wohin er möchte. Dieses Recht darf niemandem aufgrund seiner Religion, Sprache, Rasse, Konfession oder ähnlicher Merkmale diskriminiert werden. dieses Recht kann nicht ohne einen legitimen und gerechtfertigten Grund entzogen werden. Niemand kann aufgrund seines Wohnsitzes im Ausland seiner Staatsbürgerschaft entzogen werden.

### **K - Stimm- und Wahlrecht sowie Mitwirkung an der Verwaltung**

Jeder Bürger, der die notwendigen Voraussetzungen erfüllt, hat das Recht, seine Stimme abzugeben, gewählt zu werden und an der Regierungsführung teilzunehmen.

Jeder, der über fünfzehn Jahre alt und geistig gesund ist, Die Bürger sollten das Recht haben, zu wählen. Alter und psychische Gesundheit Alle Beschränkungen außer dieser sollten abgeschafft werden. An die Sträflinge, Gefreiten und Unteroffizieren sollte das Wahlrecht eingeräumt werden.

Das Wahlalter sollte auf achtzehn Jahre gesenkt werden.

Allen Regierungsangestellten, mit Ausnahme von Militär- und Polizeibeamten, Richtern und Staatsanwälten, soll es gestattet sein, Mitglied einer politischen Partei zu werden.

Diejenigen, die wegen politischer Verbrechen verurteilt wurden, nach Verbüßung ihrer Strafe Mitglied einer politischen Partei zu werden und Hindernisse für ihre Wahl müssen beseitigt werden.

Die Abschaffung der Wahlhürde ist eine Voraussetzung für eine gerechte Repräsentation. Dies bedeutet, dass die Gerechtigkeit der Repräsentation zugunsten der Stabilität der Regierungsführung geopfert wird. Die derzeitige Anwendung der Sperrklausel ist inakzeptabel.

## **L - Recht auf Arbeit, Erholung, Berufsausübung und Gewerkschaftsbildung**

Jeder Mensch hat das Recht auf eine Arbeit unter gerechten und angemessenen Bedingungen, auf freie Berufswahl und auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.

Jeder Mensch hat das Recht auf Ruhe, auf freie Berufswahl, auf die Gründung oder den Beitritt zu einer Gewerkschaft, auf die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit ohne Diskriminierung und auf eine gerechte und angemessene Entlohnung, die ihm und seiner Familie ein würdiges Leben sichert.

Niemand darf gezwungen werden, in einem Bereich zu arbeiten, zu dem er nicht in der Lage ist. Niemand darf aus der Arbeit anderer ungerechtfertigten Profit schlagen.

Arbeitsweise, Inhalt und Zeitaufwand; sind so zu gestalten, dass jeder Einzelne seine religiösen Pflichten erfüllen, sich beruflich, politisch, sozial und spirituell weiterentwickeln und das Recht

haben kann, die für diese Zwecke vorbereitet werden sollte unter Berücksichtigung des Rechts auf aktive Teilnahme organisiert werden.

Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer sollten verbessert werden, im Gegensatz dazu es sollten Sanktionen für Verhaltensweisen verhängt werden, Kontrollen sollten in dieser Angelegenheit durchgeführt werden. Arbeitgeber sollen daran gehindert werden, die Arbeiter durch die Macht des Kapitals zu unterdrücken; Arbeiter sollen daran gehindert werden, das Kapital durch die Macht der Gemeinschaft zu schädigen, obwohl es nicht ein legitimer Grund vorhanden ist.

Bei der Personalbeschaffung für staatliche Institutionen liegt der Fokus auf Gerechtigkeit das System muss etabliert werden, Günstlingswirtschaft muss verhindert werden, Maßnahmen müssen ergriffen werden; muss qualifiziert und befähigt sein.

### **M - Recht auf Gesundheit, Ernährung und Wohnung**

Die medizinische Versorgung ist eine der grundlegenden Aufgaben des Staates. Die Bürger müssen diese Leistungen problemlos und kostenlos in Anspruch nehmen können. Besondere Aufmerksamkeit gilt den seit Jahren vernachlässigten und benachteiligten Regionen, und die dortigen Defizite im Gesundheitswesen müssen umgehend behoben werden.

Die Behandlung dauerhaft pflegebedürftiger Patienten erfolgt unabhängig davon, ob sie Krankenversicherungsbeiträge zahlen oder Beitragsschulden haben.

Eine gesunde Ernährung ist für eine gesunde Gesellschaft unerlässlich. Regierung, Der Staat muss die volle Kontrolle über den Lebensmittelmarkt übernehmen und verhindern, dass ungesunde Produkte blockieren, bevor sie auf den Markt kommen.

Der Staat als Voraussetzung, ein Sozialstaat zu sein; die grund-

legenden Ernährungsbedürfnisse hilfloser und einsamer Menschen, Waisen, Kinder, ältere Menschen und Menschen, die Hilfe benötigen, um den Grundbedarf an Nahrungsmitteln bedürftiger Bürger zu decken haftet.

Jeder Mensch hat das Recht auf Wohnraum. Der Sozialstaat soll auch den Wohnbedarf derjenigen decken, die diesen Bedarf nicht decken können.

### III - STAATLICHE STRUKTUR, ZWECK UND AUFGABEN

Sicher ist, dass die Menschen, die auf einem bestimmten Stück Land mit einem gemeinsamen Willen leben, eine organisierte Struktur wie einen „Staat“ brauchen, um die von ihnen benötigten Dienstleistungen wie öffentliche Ordnung, Justiz, Verteidigung und Bildung regelmäßig bereitzustellen. Doch wie man in vergangenen wie auch gegenwärtigen Gesellschaften beobachten kann, hat die Organisationsstruktur namens „Staat“, die von den Gesellschaften zu ihrem eigenen Nutzen geschaffen und mit ihren Steuern finanziert wurde, mit der Zeit ihren ursprünglichen Zweck vergessen, nämlich dem Volk zu dienen. Stattdessen betrachtete sie sich als eine Organisation, die für sich selbst existiert und das Volk in ihren Dienst stellt. Die Menschen waren nicht in der Lage, sich dieser Organisationsstruktur zu widersetzen, die sie mit ihren Steuern unterstützten, und erlitten unter dem enormen Druck, den diese Struktur auf sie ausübte, einen schweren Schlag.

Einer der Druckmittel, die der Staat nach dem Motto „Für das Volk, trotz des Volkes“ auf das Volk ausübt, besteht darin, dem Volk eine Ideologie aufzuzwingen, indem er sagt: „Das ist das Beste für das Volk.“ Die Folge war, dass Andersdenkende, die sagten: „Ich glaube, dass der Nutzen für die Gesellschaft woanders liegt als in der Ideologie, die Sie uns aufzwingen“, zu Verrätern erklärt und aufs Härteste bestraft wurden.

Die Organisationsstrukturen, die Staaten genannt werden, haben ständig äußere Feinde, eingeübte Ängste und Gefahren geschaffen, um die Unterstützung eines Teils der Bevölkerung zu gewinnen. Sie haben die Menschen zu Feinden gemacht und versucht, ihre Existenz zu schützen, indem sie die von ihnen geschaffene Atmosphäre ausnutzten. Tatsächlich wollten sie mancherorts als heiliges Bauwerk verehrt werden. Leider hat sich dieses Spiel in bestimmten Teilen der Gesellschaft durchgesetzt und der Staat wurde als heiliges Bauwerk zur Beschützerin vor imaginären Gefahren akzeptiert.

Wir halten diesen Zustand für inakzeptabel. Der Staat kann dem Volk keine Ideologie aufzwingen. Der Staat muss die Leistungen erbringen, die das Volk benötigt, und darf nicht über seinen Daseinszweck hinausgehen.

Nach unserem Verständnis ist der Staat eine vom Volk geschaffene rechtliche und politische Organisation, die den Menschen ein freies und sicheres Zusammenleben sowie die materielle und geistige Entwicklung der Gesellschaft ermöglicht. Da es sich um eine vom Volk geschaffene politische Organisation handelt, besitzt er keine Heiligkeit.

Die Pflicht des Staates besteht nicht nur darin, die öffentliche Ordnung zu gewährleisten, Angriffen von außen entgegenzuwirken, innere Unruhen zu beruhigen, Steuern einzutreiben, ein Justizsystem aufzubauen und Gerichtsverfahren durchzuführen und sich in nichts anderes einzumischen. Eine solche Staatsstruktur gab es bereits in der Antike. Nach heutigem Verständnis und in heutiger Praxis haben die Verantwortlichkeiten des Staates und der ihn leitenden Regierungen zugenommen. So sorgt sie beispielsweise für Sicherheit und Ordnung durch die Durchsetzung von Gesetzen, ergreift präventive Maßnahmen zur Unterbindung von Kriminalität, schützt die Rechte und

Freiheiten der Bürger vor Angriffen und Verletzungen; öffnet Bildungseinrichtungen zur Bekämpfung von Unwissenheit, bekämpft Armut und Elend und strebt eine gerechte Verteilung des Reichtums und des Volkseinkommens an; ergreift die notwendigen Maßnahmen zum Schutz des sozialen Gefüges der Gesellschaft und der Familie, In diesem Zusammenhang verhindert es die Verbreitung von Unmoral und schlechten Gewohnheiten, bekämpft bestehende und verhindert die Zerstörung der Umwelt; Als Voraussetzung für einen Sozialstaat ernährt er die Hungrigen, bietet den obdachlosen Unterkunft, kümmert sich um die Waisen und behandelt die Kranken, gibt denen, denen Freiheit, Rechte und Eigentum entzogen wurden, ihre Rechte zurück und hilft Opfern von Naturkatastrophen und sozialen Katastrophen. Kurz gesagt: Sie ist für den Wohlstand und das Wohlergehen der Gemeinschaft verantwortlich.

Die Staatsform der Republik Türkei ist, wie der Name schon sagt, eine Republik. Der Cumhur ist die Gesamtheit des Volkes mit seinen unterschiedlichen Sprachen, Farben und Glaubensrichtungen. Eine Republik ohne „Öffentlichkeit“ wie in ihren Anfangsjahren, eine patriarchalisch geprägte Regierung des Volkes trotz des Volkes, ist nicht mehr möglich. Die Republik ist die Selbstverwaltung der Öffentlichkeit, also des Volkes, durch seine gewählten Vertreter.

Diejenigen, die an die Macht kommen, weil sie vom Volk die Regierungsgewalt erhalten, besetzen die Positionen, die sie im Namen des Volkes und als Vertreter des Volkes innehaben. Da sie als Bevollmächtigte fungieren, müssen sie entsprechend den Anforderungen dieses Vertrauens regieren und die Angelegenheiten im Einklang mit dem allgemeinen Willen der Bürger regeln. Im Gegenteil, das Verhalten ist ein Missbrauch der Vollmacht, eine Überschreitung der Grenzen der Autorität, ein Vertrauensbruch.

In einem echten republikanischen Regime sind die Regierenden keine absoluten Richter oder absoluten Autokraten sie verfügen über eine Autorität, deren Grenzen und Rahmen definiert sind. Ein Beispiel: Selbst, wenn die Herrscher die Unterstützung und Zustimmung von neunundneunzig Prozent der Bevölkerung hätten, könnten sie das Recht auf Leben oder körperliche Unversehrtheit des verbleibenden einen Prozents nicht beeinträchtigen. Sie könnten sie nicht zwingen, ihre Religion aufzugeben oder zu wechseln, sie könnten sie nicht an der Ausübung ihres Glaubens hindern oder ihnen die Verwendung ihrer Sprache verbieten.

Ein Parlament, dessen Autorität vom Volk abgeleitet wird, hat zweifellos Grenzen. Ein solches Parlament kann nicht zu jedem beliebigen Thema und zu jeder Zeit unbegrenzt Gesetze erlassen. Sie sollte keine Regelungen erlassen dürfen, die mit der gesellschaftlichen Grundstruktur unvereinbar sind und über den Respekt vor den Grundwerten hinausgehen, die eine Nation zu einer Nation machen. Die von ihnen erlassenen Gesetzen sollten im Einklang mit den Menschenrechten, den Grundprinzipien des Rechts, der allgemeinen Moral und Ethik sowie den Überzeugungen und Werten der Gesellschaft stehen und diesen nicht widersprechen.

Auch wer richterliche Gewalt ausübt, unterliegt Grenzen. Wer diese Macht ausübt, darf diese Grenzen nicht verletzen, auch nicht durch Auslegung.

## **A - Die neue Verfassung und der Wille des Volkes**

Die von der Militärjunta am 12. September ausgearbeitete Verfassung von 1982 entspricht nicht den Bedürfnissen der Gesellschaft. Sie wirkt wie eine Zwangsjacke, die der Gesellschaft mit vorgehaltener Waffe aufgezwungen wird. Die große Mehrheit der Bevölkerung fordert eine völlig neue Verfassung.

Eine von Bevormundung und Ideologie befreite Zivilverfassung soll unverzüglich umgesetzt werden.

Die Präambel der neuen Verfassung soll kurz und prägnant sein. Menschenrechte und Freiheiten sollten klar betont werden und ohne ethnische Betonung nachdrücklich hervorgehoben werden.

Diese neue Verfassung sollte keine Artikel enthalten, die nicht geändert werden können.

Die neue Verfassung sollte keine Ideologie aufzwingen und in diesem Zusammenhang sollte der Wortlaut des Amtseids sowohl für die zu wählenden Abgeordneten als auch für diejenigen, die auf den verschiedenen Ebenen des Staates tätig sein werden, geändert werden. Niemand sollte einer Ideologie die Treue schwören, aber jeder sollte schwören, zum Wohle dieser Gesellschaft zu arbeiten.

Die neue Verfassung soll die Bedürfnisse, Ansprüche und Unterschiede der Gesellschaft berücksichtigen. Die neue Verfassung sollte so gestaltet werden, dass sie eine gemeinsame Basis für die verschiedenen Teile der Gesellschaft schafft und nicht dazu führt, dass ein Bürger ausgegrenzt oder zum inneren Feind erklärt wird. Gleichzeitig sollten die Standards für Recht und Gerechtigkeit berücksichtigt werden.

Eine Berufsarmee sollte aufgebaut und die Wehrpflicht aus der Dienstpflicht abgeschafft werden. Während des Übergangsprozesses sollte das Recht auf Kriegsdienstverweigerung für diejenigen, die keinen Militärdienst leisten möchten, als grundlegendes Menschenrecht anerkannt werden. Die Ausübung dieses Rechts darf nicht dazu führen, dass der Person in Zukunft bestimmte Rechte vorenthalten werden.

Angesichts der Tatsache, dass wir derzeit nicht das Recht haben, das Einkommen unserer Kinder auszugeben, und dass die Schulden- und Zinsspirale ein Ausmaß erreicht hat, das die Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Länder bedroht, sollte die Verpflichtung, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen und nicht mehr auszugeben als man einnimmt, in der Verfassung verankert werden.

Eine Erhöhung der Steuersätze sollte nicht per Kabinettsbeschluss möglich sein, sondern nur durch einen Parlamentsbeschluss, der in der Verfassung verankert werden muss.

In dem Abschnitt, in dem die Definition der Staatsbürgerschaft sowie der Grundrechte und -freiheiten geregelt sind, sollte ein Artikel oder Absatz aufgenommen werden, der besagt: „Es ist die Pflicht, Verpflichtung und Existenzberechtigung sowie Legitimität des Staates, sicherzustellen, dass alle Bürger der Republik Türkei gleichermaßen von diesen Rechten profitieren.“ Auf diese Weise werden die Debatten über die Definition der Staatsbürgerschaft beendet und ein starker Schwerpunkt auf die Rechte und Freiheiten gelegt.

## **B - Sicht der Amtsträger und Bürger**

Beamte sind Bedienstete, die mit der Durchführung öffentlicher Dienstleistungen beauftragt sind, die von den Bürgern mit einem Teil ihres Einkommens finanziert werden und deren Gehälter von den Bürgern gezahlt werden. Mit anderen Worten: Sie sind nicht Herrscher, die die Bürger beherrschen, sondern Diener, die ihnen zu Diensten stehen. Die Bürger sind also keine von Staatsdienern getriebenen und beherrschten Massen, sondern sie sind die Herren, denen man dienen muss.

## C – Kurdisches Problem

Kurden, einer der ältesten Stämme im Nahen Osten; im Osten vom Zagros-Gebirge bis östlich des Taurusgebirges im Westen, im Norden vom südlichen Teil des Schwarzmeergebirges bis nach Südosten, bis hin zum Norden des Persischen Golfs, im Nordosten, bis in den Kaukasus, im Südwesten bis zur Nordgrenze Aleppos, im Zentrum Kurdistans, Sie sind ein kurdischsprachiges Volk.

Die Kurden gehören zu den ältesten Völkern der Region, in der sie leben. Im 11. Jahrhundert, als die Türken in die Region kamen, freundeten sie sich aufgrund ihres gemeinsamen Nenners, des Islam, an und kämpften gemeinsam gegen die byzantinischen Streitkräfte in der Region. In den darauffolgenden Jahrhunderten lebten sie brüderlich im selben Land zusammen. Doch die späteren Praktiken, die Praktiken des Komitees für Einheit und Fortschritt (Ittihat ve Terakki) und schließlich mit der Gründung der Republik die Praxis des Staates zerstörten diese Brüderlichkeit.

Die Ideologie der Republik basiert im Wesentlichen auf zwei Prinzipien: Das eine ist der Säkularismus, das andere das Türkentum. Aufgrund der Praktiken und Reformen im Zusammenhang mit der Säkularisierung haben die Kurden ebenso wie ihre muslimischen türkischen Brüder im Westen großes Leid und große Not erlitten. Die Schwierigkeiten, die sie erlitten, beschränkten sich jedoch nicht darauf. Darüber hinaus hatten sie als Kurden auch mit der Türkenpolitik große Schwierigkeiten zu kämpfen. Auf diese Weise wurden der Aufstand von Scheich Said sowie die Aufstände von Dersim und Ağrı, die als Reaktion auf die aufgezwungene Säkularisierung und das Türkentum stattfanden, mit großer Gewalt und Massakern niedergeschlagen. Zusammen mit diesen und den Massakern in Zilan wurden

Hunderttausende getötet oder verletzt und viele weitere hungrig und nackt in den Westen verbannt. Die Grausamkeit und Brutalität dieser Zeit erreichten unvorstellbare Ausmaße.

Damit es zu einer Normalisierung kommt und sozialer Frieden hergestellt wird;

Zunächst muss sich der Staat für die bisher begangenen Gräueltaten entschuldigen und den Opfern Entschädigungen zahlen.

Die Gleichsetzung, dass jeder Bürger der Republik Türkei ein Türke sei, muss aufgegeben werden und die Existenz der Kurden muss verfassungsmäßig anerkannt werden. Türken und Kurden müssen als konstitutive Gründer des Landes anerkannt werden.

Kurdisch sollte neben Türkisch als zweite Amtssprache anerkannt werden und auch die Unterrichtssprache sein. Bei entsprechender Nachfrage sollten auch Bürger mit anderer Muttersprache in ihrer eigenen Sprache unterrichtet werden können.

Der rassistische Text „Unser Eid“ und ähnliche Texte, die Grundschulern beigebracht werden, sollten entfernt werden. Aufschriften wie „Wie glücklich ist derjenige, der sagt, ich bin ein Türke“, die an verschiedenen Stellen zu finden sind, sollten gelöscht werden, und rassistische Aussagen wie „Ein Türke ist die Welt wert“ sollten unterbunden werden.

Die Namen von Schulen, Kasernen, Straßen, Alleen und ähnlichen Orten, die die Namen historischer Persönlichkeiten tragen, die Unterdrückung und Diskriminierung praktiziert haben, sollten sofort geändert werden.

Der ausgrenzende und diskriminierende Diskurs auf Grundlage des Türkentums, der die Verfassung und die gesamte offizielle

Literatur des Systems, insbesondere die Definition der Staatsbürgerschaft, dominiert, sollte aufgegeben werden.

Den umbenannten Siedlungen sollen ihre alten Namen zurückgegeben werden.

Das Dorfwächtersystem, das in der Region vielfältige Probleme verursacht, sollte umgehend abgeschafft werden, darf aber auch nicht zu Schikanen führen.

Das Schicksal der Tausenden Vermissten muss geklärt werden, die Ermittlungen zu den nicht identifizierten Morden müssen gewissenhaft durchgeführt werden und die Verantwortlichen müssen gefunden und bestraft werden.

Die Täter müssen für die Dorfbrände und Zwangsmigrationen zur Rechenschaft gezogen werden. Die von Ergenekon, JİTEM und ähnlichen Organisationen in der Region begangenen illegalen Handlungen müssen gründlich untersucht werden.

Es sollte offiziell anerkannt werden, dass kurdische Gelehrte, an die sich die Kurden mit großem Respekt erinnern, insbesondere Scheich Said, verfolgt wurden, und es sollte eine Entschuldigung an ihre Verwandten und die gesamte Nation gerichtet werden.

Die Grabstätten von Persönlichkeiten wie Said-i Nursi, Scheich Said und Seyyid Riza müssen offengelegt und die Archive der Unabhängigkeitsgerichte müssen unverzüglich geöffnet werden.

Madrasas sollten verbessert und ihre ursprüngliche Funktion wiederhergestellt werden. Außerdem sollten die in Madrasas ausgestellten Icazes (Diplome) einen offiziellen Status erhalten.

In die über viele Jahre unterentwickelten Regionen muss investiert werden und es muss eine positive Unterscheidung ein-

geführt werden, um sie auf das gleiche wirtschaftliche Wohlsstandsniveau wie die Westtürkei zu bringen.

Kurden, die Bürger anderer Länder sind, sollten im Rahmen des Einbürgerungsprozesses die gleichen Erleichterungen und Privilegien erhalten wie Personen türkischer Herkunft aus Westthrakien und anderen Regionen.

Bürger, die das Land aufgrund politischer Verfolgung und Bestrafung verlassen mussten, sollten einer politischen Amnestie unterzogen werden. Denjenigen, die aufgrund ihrer politischen Ansichten inhaftiert sind, sollte Hilfe bei der Wiedereingliederung in das gesellschaftliche Leben gewährt werden.

Die starre zentralistische Verwaltung sollte abgeschafft, die lokalen Verwaltungen gestärkt und alle lokalen Verwalter vom Volk gewählt werden.

Diese Schritte werden die Brüderlichkeit zwischen den beiden Völkern erneut stärken und große Synergien für die Entwicklung des Landes in allen Bereichen schaffen. Die Geschichte hat bereits gezeigt, dass die von einem Volk dem anderen durch die Staatsmacht aufgezwungene Politik der Unterdrückung, Verleugnung und Assimilation beiden Völkern nichts als Schmerz, Blut und Tränen gebracht hat. Nur wenn wir die Existenz des anderen anerkennen und einander respektieren, kann gemeinsame Freiheit erreicht werden, und diese Art der Solidarität bringt sowohl materiellen als auch geistigen Wohlstand.

Wir glauben aufrichtig an die Brüderlichkeit aller in diesem Land lebenden Menschen und sind der Ansicht, dass die oben genannten Schritte dringend unternommen werden sollten, um diese Brüderlichkeit zum Glück und Wohlstand dieser Menschen zu stärken.

## **D - Dezentralisierung und Stärkung der lokalen Verwaltungen**

Seit der Gründung der Republik Türkei hat sich die mehrsprachige und multikulturelle Struktur, die ein Reichtum des Landes war, aufgrund der Auferlegung einer einheitlichen Mentalität in einen Grund für ethnische und kulturelle Konflikte verwandelt. Das Beharren auf dem starren zentralisierten Managementansatz, der sich aus diesem Verständnis ergab, hat im Land ebenfalls zu ernststen Problemen geführt.

Da die zentralisierte Verwaltung schwerfällig aufgebaut ist und die Probleme und Auffassungen jeder Region unterschiedlich sind, ist es schwierig, diese Probleme von einem einzigen Zentrum aus auf eine Weise zu lösen, die die Bevölkerung zufriedenstellt.

Um diese Nachteile des streng zentralisierten Verwaltungsansatzes zu beseitigen, sollten die lokalen Regierungen und insbesondere die Gemeinden, denen eine große funktionale Bedeutung zukommt, mit einer Struktur ausgestattet werden, die über umfassendere Befugnisse verfügt.

Den lokalen Regierungen sollte bei der Mittelbeschaffung und Einnahmegenerierung flexibler begegnet werden.

Um die Beteiligung der Kommunen an Planungs- und Entscheidungsprozessen sicherzustellen, sollte ihre Meinung bei der Entscheidungsfindung der Zentralverwaltung berücksichtigt werden und den Kommunen sollte das Recht eingeräumt werden, gegen die zu erlassenden Regelungen gerichtlich vorzugehen.

Die Bevormundung der lokalen Regierungen durch die Zentralregierung sollte abgeschafft und stattdessen eine gegenseitige Zusammenarbeit sichergestellt sowie die internen Kontrollmechanismen der lokalen Regierungen wirksamer gestaltet werden.

Dennoch darf die Kontrolle der Gemeinden durch die Zentralregierung deren Autonomie nicht beeinträchtigen; sie muss verhältnismäßig sein, sich auf die Einhaltung der Verfassung und der Gesetze beschränken und darf keine Überprüfung der Zweckmäßigkeit beinhalten.

Die Zentralregierung sollte nicht in der Lage sein, das Amt eines gewählten Verwalters zu beenden oder ihn aus dem Amt zu entfernen, auch nicht vorübergehend. Auch hier gilt, dass die Entscheidungen der örtlichen Räte (Gemeinderat, Provinziallandtag) nicht der Bestätigung durch die Zentralverwaltung bedürfen.

Durch die Übertragung eines Teils der Verwaltungskompetenzen an die lokalen Regierungen soll die Beteiligung der Bevölkerung an der Verwaltung erhöht und ihr ein Mitspracherecht bei Entscheidungen über ihre eigene Region ermöglicht werden. Auf diese Weise wird die Serviceeffizienz gesteigert, Verschwendung vermieden und die Bevormundung durch die zentrale Verwaltung durch die neu zu schaffende autonome Struktur aufgebrochen.

Neben der Reform der derzeitigen zentral- und lokalen Staatsstruktur sollte die Tabuisierung der aktuellen Struktur aufgehoben und Governance-Modelle wie das Staatssystem, die Autonomie und die Föderation mit all ihren positiven und negativen Aspekten frei diskutiert werden. Diese Modelle können umgesetzt werden, wenn die Mehrheit der Gesellschaft akzeptiert, dass sie für den Frieden, das Wohlergehen und die Sicherheit der Gesellschaft notwendig sind.

## **E – Ethnischer und religiöser Minderheiten und Prävention von Rassismus und Diskriminierung**

Vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich. Keine Person oder Gruppe kann vor dem Gesetz als einer anderen Person oder Gruppe überlegen angesehen werden.

Bei der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen darf es keine Diskriminierung geben. Der Staat darf seine Bürger nicht aufgrund ethnischer Herkunft, Religion, Konfession, Sprache oder ähnlicher Gründe diskriminieren.

Diskriminierung im administrativen, rechtlichen oder wirtschaftlichen Bereich sollte mit abschreckenden strafrechtlichen Sanktionen belegt werden.

Die Überzeugungen von Minderheiten müssen durch die Verfassung geschützt werden.

## **F – Transparenz im öffentlichen Dienst, Bekämpfung von Korruption und Missbrauch**

Unter dem Grundsatz der Offenheit und Transparenz verstehen wir, dass die öffentliche Verwaltung ihre Verwaltungstätigkeiten für die gesamte Öffentlichkeit offen und öffentlich ausübt.

Die Bereitstellung von Diensten in offener und transparenter Weise ist auch eine Voraussetzung dafür, dass die Öffentlichkeit das Recht hat, die Administratoren zur Verantwortung zu ziehen und dieses Recht korrekt und rechtzeitig wahrnehmen kann. Andererseits ist es ein Bürgerrecht, rechtzeitig und richtig informiert zu werden. Aus diesen Gründen sollten öffentliche Dienste transparent gemacht werden, alle Dienste und Abläufe sollten für die Öffentlichkeit überprüfbar sein, jeder interessierte Bürger sollte die Möglichkeit haben, sich über jedes gewünschte Thema zu informieren, und staatliche Institutionen sollten in regelmäßigen Abständen Informationen mit der Öffentlichkeit teilen.

Transparenz und genaue Informationen für die Bürger müssen gewährleistet sein, da dies der wirksamste Weg ist, Dienstleis-

tungen korrekt und rechtzeitig bereitzustellen, Korruption und Missbrauch vorzubeugen und einer Verschwendung von Ressourcen vorzubeugen.

Bis heute kann nicht davon ausgegangen werden, dass öffentliche Dienstleistungen im gewünschten Umfang erbracht werden und dass sowohl politisch als auch bürokratisch eine offene und transparente Umsetzung erfolgt und dass die Korruption ausreichend bekämpft wird.

Tatsächlich ist die Platzierung der Türkei im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International (TI) ein klarer Hinweis darauf. Diese Situation zeigt, dass die Ursachen und Folgen der Korruption in unserem Land gründlich untersucht und bewertet werden müssen und dass wirksame Methoden und Lösungen zu ihrer Bekämpfung entwickelt werden müssen.

Um Korruption und Missbrauch zu bekämpfen, ist es notwendig, eine moralische Gesellschaft zu schaffen. Und um das moralische Niveau der Gesellschaft zu heben, ist es notwendig, das Bildungssystem muss auf ethischer Grundlage umstrukturiert werden.

## **G – Geschichte und Kultur**

Wenn wir die Gesellschaft mit einem Baum vergleichen, ist die Geschichte wie die Wurzeln dieses Baumes. Ein Baum, dessen Wurzeln abgeschnitten wurden oder dessen Verbindung zu seinen Wurzeln unterbrochen wurde, kann nicht stehen bleiben und weiterleben. Die Auferlegung einer offiziellen ideologischen Geschichte, die dazu führt, dass die Gesellschaft von ihren historischen Wurzeln getrennt wird, muss aufgegeben werden. Geschichte soll realistisch, objektiv und umfassend neu geschrieben werden, sie soll in ihrer ursprünglichen Form in die Schulbücher

aufgenommen werden und das gesellschaftliche Gedächtnis soll entsprechend geprägt werden.

Die islamische Kultur ist eine Kultur, in der Vernunft mit Glauben, Moral mit Kunst und Wissenschaft mit Forschung und Praxis integriert sind. Es handelt sich um eine Kultur, die den Inbegriff der Erfahrungen, historischen Ansammlungen und Aktivitäten einer Ummah darstellt. Die islamische Kultur ist eine Kultur, die aus der Summe verschiedener spiritueller Bedingungen, historischer Schätze und Zukunftshoffnungen besteht. Das Geheimnis der Existenz und Kontinuität der gesegnetsten Ummah und der Ummah der Zivilisation, die aus den Menschen hervorgegangen ist, ist in dieser Kultur verborgen.

Unser kulturelles Erbe, das den gemeinsamen Nenner aller sozialen Klassen oder Gruppen darstellt, aus denen sich die Gesellschaft zusammensetzt, muss geschützt und dieses Erbe an zukünftige Generationen weitergegeben werden.

Der Degeneration der Jugend durch Entfremdung von ihrer eigenen Kultur muss vorgebeugt werden. Außerdem müssen politische Maßnahmen ergriffen werden, um sicherzustellen, dass spirituelle Werte geschätzt, angenommen und an zukünftige Generationen weitergegeben werden.

Unter dem Deckmantel des Tourismus oder der Populärkultur sollten die historischen Madrasas, Kirchen und Gotteshäuser, die Teil unseres kulturellen Erbes sind, davor bewahrt werden, zu Orten unmoralischer Aktivitäten zu werden, die nicht mit ihrer Mission und Heiligkeit im Einklang stehen.

## **H – Schutz von Umwelt und Natur**

Das Universum wurde mit Maß und Ordnung geschaffen. Alle lebenden und nicht lebenden Wesen haben eine ergänzende und regulierende Funktion.

Das Fortbestehen menschlichen Lebens ist im Gleichgewicht der Natur möglich. Der übermäßige Konsum und die zerstörerische Sparsamkeit der Menschen haben Ausmaße erreicht, die die Existenz anderer Lebewesen bedrohen.

Die Menschheit hat das lebenswerte natürliche Gleichgewicht nicht von ihren Vorfahren geerbt, sondern von zukünftigen Generationen als Erbe erhalten. Die durch die Industrialisierung verursachten Umweltschäden durch chemische und biologische Abfälle müssen verhindert und das Gleichgewicht von Natur und Umwelt durch Aufklärungsarbeit und harte Sanktionen geschützt werden.

Es muss eine wirksame Zusammenarbeit mit internationalen Institutionen und Organisationen aufgebaut werden, um Regierungen vom Wettrüsten abzuhalten und chemische Waffen zu verbieten.

## IV - WIRTSCHAFT

### EINFÜHRUNG

Der Kapitalismus ist das Produkt einer grausamen und wilden Kultur, die Eigeninteressen vergöttert und persönliche Vorteile verachtet. Das kapitalistische Wirtschaftssystem, das in vielen Ländern der Welt und auch in unserem Land heute umgesetzt wird, hat einen Teil der Menschheitsfamilie zur Armut und sogar zum Hunger verurteilt.

Die Tatsache, dass selbst in den USA, der größten Volkswirtschaft der Welt, Millionen von Menschen auf der Straße schlafen, zeigt, dass dieses System weder menschlich noch nachhaltig ist.

Während die Menschen auf der einen Seite mit dem Hunger kämpfen, erschöpfen diejenigen mit unersättlichem Ehrgeiz rapide die unterirdischen und oberirdischen Ressourcen der Welt und verursachen damit das Aussterben vieler Arten, die Zerstörung der Natur sowie die Verschmutzung der Atmosphäre und der Umwelt.

Wir lehnen einen wirtschaftlichen Ansatz ab, bei dem die Menschheit nicht im Mittelpunkt steht, der sich vom Ziel der Verbreitung des Wohlstands in der Gesellschaft entfernt hat und der sich ausschließlich auf das Wirtschaftswachstum des Landes konzentriert. Selbst wenn das Bruttosozialprodukt pro Kopf auf das Hundertfache des heutigen Wertes ansteigt, hat

dieses Wirtschaftswachstum für die Hungernden und Armen keine Bedeutung, solange die Zahl der Hungernden und Armen in der Gesellschaft nicht sinkt. Wichtig ist, die Ungerechtigkeit in der Einkommensverteilung zu beseitigen und den Wohlstand auf die Basis auszudehnen. Andernfalls bleibt die Bevölkerungsgruppe nur Zuschauer, während die Teile, deren Wohlstand gestiegen ist, die Rechte der Armen und ihren Anteil an der Natur sowie an den unterirdischen und oberirdischen Ressourcen an sich reißen.

Es sollte eine Wirtschaftspolitik umgesetzt werden, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, auf die Steigerung des menschlichen Wohlstands abzielt, sich von den Exzessen kapitalistischer und sozialistischer Perspektiven fernhält und weder das Gewissen noch das Gerechtigkeitsempfinden verletzt.

Wenn der Hauptzweck der Wirtschaftspolitik der Mensch ist, sollte das Ziel des Wirtschaftswachstums darin bestehen, die Beschäftigung zu erhöhen und die Arbeitslosigkeit auf ein möglichst niedriges Niveau zu senken. Um Wachstum und Beschäftigung dauerhaft zu sichern, ist eine nachhaltige Politik in diesem Bereich erforderlich.

Das Hauptziel der Export- und Förderpolitik sollte die Schaffung von Arbeitsplätzen sein. Fördermittel sollten vor allem Unternehmen erhalten, die in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit für mehr Beschäftigung sorgen. Zusätzliche Unterstützung und Anreize sollten auch arbeitsintensiven Sektoren zugutekommen.

Darüber hinaus soll die Herstellung strategisch wichtiger Produkte, Güter und Dienstleistungen gefördert werden. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die Fähigkeit zur Produktion von Industriegütern mit heimischen Ressourcen zu gewährleisten, die in allen Lebensbereichen benötigt werden. Das Land

muss seine Abhängigkeit vom Ausland sowohl bei landwirtschaftlichen als auch bei industriellen Produkten überwinden.

Eines der Hauptziele der Wirtschaftspolitik muss die Reduzierung der Zahl der Arbeitslosen und Ungelernten sein. Daher sollten Berufsausbildungsprogramme ausgebaut und insbesondere ungelernten Arbeitslosen die Möglichkeit gegeben werden, einen Beruf oder ein Handwerk zu erlernen.

Arbeitslosen Bürgern, die einem Beruf oder Handwerk nachgehen, sollte der Zugang zu den Werkzeugen, Geräten und Werkstätten erleichtert werden, die sie zur Ausübung ihres Handwerks benötigen.

Wir sind davon überzeugt, dass, wenn irgendwo auf der Welt jemand ein Stück Brot braucht, es mit Sicherheit irgendwo anders jemanden gibt, der mehr davon konsumiert oder hortet, als er braucht. Denn die Segnungen auf Erden reichen nicht nur für den Menschen, sondern für alle Lebewesen. Es stimmt nicht, wie die kapitalistische Wirtschaftstheorie behauptet, die absolute Wahrheit zu sein, dass „die Bedürfnisse unbegrenzt und die Ressourcen begrenzt sind“. Unbegrenzt sind nicht die Bedürfnisse, sondern vielleicht die Ambitionen der Kapitalisten.

Nach der kapitalistischen Weltanschauung ist Konsum der Maßstab für Freiheit und Glück. Das Motto, das uns eingehämmert wird, lautet: „Wenn du konsumieren kannst, was du willst, so viel du kannst, bist du frei. Je mehr du konsumieren kannst, desto glücklicher wirst du sein.“ Das Ziel dieser Überlegungen ist es, Gemeinschaften in Konsumgesellschaften zu verwandeln, sie zu mehr Konsum zu ermutigen und anzuregen, um mehr zu verdienen. Wer jedoch nicht mit weniger zufrieden sein kann, kann mit mehr nicht glücklich sein.

Das wichtigste Kriterium für die menschenzentrierte Wirt-

schaftspolitik ist die Verteilung der produzierten Werte. Das kapitalistische System, das dem Kapital den Löwenanteil zuspricht, und das sozialistische System, das der Arbeit den Vorrang vor allem anderen einräumt, sind ebenfalls extrem. Das kommunistische System, das den Bedarf als einziges Verteilungskriterium betrachtet, ist nicht mit der Natur und den Realitäten des Lebens vereinbar.

Um die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes zu sichern, Armut und Entbehrung zu beseitigen und die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen und gleichzeitig ihre Freiheit zu bewahren, ist es notwendig, Wirtschaftssysteme aufzugeben, die im Widerspruch zur Natur und zu menschlichen Werten stehen. Die kommunistische Idee, Philosophie und das kommunistische System, die diesen Werten widersprechen, sind bankrott. Das kapitalistische System wird in naher Zukunft bankrottgehen. In dieser Hinsicht müssen diese Systeme, die der Menschheit weder Frieden noch Wohlstand bringen, grundlegend verändert und durch die islamische Wirtschaftsordnung ersetzt werden.

Der Wert des Schweißes muss anerkannt und vollständig bezahlt werden, bevor er verdunstet. Während dem Schweiß der Wert zugeschrieben wird, den er verdient, darf es keine Feindseligkeit gegenüber Kapital geben, und die Benachteiligten, die weder Kapital noch Arbeit haben, dürfen nicht Hunger und Elend ausgesetzt werden. Kapital sollte nicht länger ein Vermögenswert sein, der nur unter den Reichen zirkuliert, das ist der Mittelweg.

## Unsere Wirtschaftspolitik

Das zinsbasierte Wirtschaftssystem sollte vollständig abgeschafft werden.

Im öffentlichen und Bankwesen sowie bei Schulden zwischen

Privatpersonen darf es keinen zinsbasierten Ansatz geben.

Der Staat sollte von Mindestlohnempfängern keine Steuern erheben, und auch Grundbedürfnisse sollten von der Steuer befreit sein. Die Definition des Mindestlohns in der geltenden Mindestlohnverordnung Nr. 25540 als „Lohn, der Arbeitnehmern für einen normalen Arbeitstag gezahlt wird und ausreicht, um die Grundbedürfnisse des Arbeitnehmers wie Nahrung, Unterkunft, Kleidung, Gesundheit, Transport und Kultur auf einem Mindestniveau basierend auf den aktuellen Preisen zu decken“, sollte geändert werden, und die Familie des Arbeitnehmers sollte in die Definition einbezogen werden.

Bildung und Gesundheitsversorgung sollen für alle kostenlos sein. Die Grundbedürfnisse armer Bürger, die sich Unterkunft und Verpflegung nicht leisten können, sollen vom Staat gedeckt werden. Für Menschen im heiratsfähigen Alter ist die Ehe eine Grundvoraussetzung. Daher sollen auch jenen, die aus finanziellen Gründen nicht heiraten können, Chancen geboten werden.

Für arme Menschen in der untersten Einkommensklasse sollten Wasser, Strom und Gas zu einem gesetzlich festgelegten Satz pro Familienmitglied kostenlos sein.

Wie aus dem Grundsatz „Arbeit wird belohnt“ hervorgeht, ist die Haupteinnahmequelle die Arbeit. In diesem Sinne gibt es hinsichtlich des Arbeitsrechts keinen Unterschied zwischen Männern und Frauen. Berücksichtigt man jedoch die Stellung und die körperlichen Merkmale von Männern und Frauen in Familie und Gesellschaft, ist es notwendig, geeignete Arbeitsbereiche zu finden. Darüber hinaus sind wir der Ansicht, dass Männer die Verantwortung für den Lebensunterhalt übernehmen sollten, während für Frauen der häusliche Bereich bei der Arbeit selbstverständlich Priorität haben sollte.

## A - Armutsbekämpfung - Einkommensverteilung

Eines der grundlegenden Ziele des Sozialstaates ist es, die Gesellschaft und den Einzelnen vor Armut zu bewahren und die Bedingungen und das Umfeld zu schaffen, in denen das ehrenwerteste aller Geschöpfe, der Mensch, in Würde leben kann. Das Hauptziel im Kampf gegen die Armut ist die Schaffung eines Einkommensniveaus, das jedem die für ein menschenwürdiges Leben notwendigen Mindestbedürfnisse deckt.

Die Ungerechtigkeit in der Einkommensverteilung ist so groß, dass sie soziale Explosionen auslösen kann. Doch die Solidarität innerhalb der Familie, religiöse Institutionen wie Almosen, Zakat, Sadaqa, Infaq und die karitative Wohlfahrt, Hilfsorganisationen und Stiftungen, die Hilfstätigkeit von Vereinen und die etablierte Sozialstruktur in unserem Land verhindern soziale Explosionen.

Etwa die Hälfte des Landeseinkommens entfällt auf die 20 % der einkommensstärksten Gruppe. Diese Gruppe erhält in jedem Zeitraum den höchsten Anteil. Die restlichen 80 % erhalten die andere Hälfte des Einkommens.

Die unteren 20 Prozent hungern, die zweiten 20 Prozent leben in Armut. Berücksichtigt man, dass Menschen mit Einkommen unterhalb der Armuts- und Hungergrenze anteilmäßig in bestimmten Regionen konzentriert sind, wird das Ausmaß der Ungerechtigkeit noch größer.

Diese Verzerrung muss so schnell wie möglich beseitigt werden. Dazu muss die Türkei ihre Entwicklungs- und Industrialisierungsstrategien grundlegend ändern. Die Kluft zwischen den niedrigsten und höchsten Einkommensgruppen muss geschlossen und der Unterschied auf ein vernünftiges Maß reduziert werden.

## **B - Wirtschaftlich unterentwickelte Regionen**

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Ostanatoliens, Südostanatoliens, des östlichen Schwarzen Meeres und Zentralanatoliens wurde in der Geschichte der Republik stets vernachlässigt, und die wirtschaftlichen Ressourcen dieser Regionen wurden verschwendet. Diese Situation hat dazu geführt, dass die wirtschaftlichen und sozialen Probleme dieser Regionen unlösbare Ausmaße angenommen haben.

Trotz der Einführung aller Anreizgesetze ist es offensichtlich, dass insbesondere in den Regionen Ost- und Südostanatolien nicht ausreichend investiert wurde und die Arbeitslosenquote in diesen Regionen daher deutlich über dem türkischen Durchschnitt liegt. Die Regierenden des Landes versuchen, sich der Verantwortung zu entziehen, indem sie Sicherheitsmängel und Gewaltausbrüche als Grund dafür anführen. Tatsächlich ist das Kapital zurückhaltend und flieht aus riskanten und instabilen Regionen, in denen es keine ausreichende Sicherheit gibt. Doch während diejenigen, die für die Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität verantwortlich sind, die Sicherheitsschwäche als ihre eigene Schuld betrachten sollten, ist es im Gegenteil nichts weiter als ein Wortspiel, sie als Entschuldigung für ihre anderen Fehler, Arbeitslosigkeit und Rückständigkeit, zu verwenden.

Der Staat und seine Regierenden sind in erster Linie dafür verantwortlich, die Sicherheit des Lebens und Eigentums ihrer Bürger zu gewährleisten. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, ihnen Arbeit und Nahrung zu geben.

Für unterentwickelte Regionen, insbesondere im Osten und Südosten, sollten spezielle regionale Entwicklungspläne umgesetzt werden. Der Staat muss seinen Bürgern durch Investitionen in Regionen und Gebieten, in denen der Privatsektor noch

nicht aktiv ist, Arbeitsplätze bieten. Diese Regionen bieten umfangreiche Möglichkeiten für Landwirtschaft und Viehzucht. Öl wird nur in diesen Regionen gefördert.

Die Regierung soll Industrieanlagen in den Bereichen Landwirtschaft, Petrochemie sowie Fleisch- und Fischindustrie errichten, um die Industrialisierung und Entwicklung der Region voranzutreiben. Gewerbliche Gewächshäuser sollen gefördert, Beratung bei Projekten und Investitionen angeboten und Investoren Kredite gewährt werden.

Den Projekten GAP (Südostanatolien-Projekt) und DAP (Ost-anatolien-Projekt), die mittlerweile zu einer unendlichen Geschichte geworden sind, sollte Priorität eingeräumt werden und ihre schnellstmögliche Fertigstellung sollte als dringender Aktionsplan festgelegt werden.

Die Fischproduktion in den Stauseen an den Flüssen Tigris und Euphrat sollte gefördert werden.

Obwohl die Regionen Ost- und Südostanatolien über ein grosses Potenzial für den grenzüberschreitenden Handel verfügen, wurde die Nutzung dieses Potenzials blockiert. In den Grenzregionen des Irak, Iran und Syriens sollten Freihandelszonen eingerichtet und neue Grenzübergänge geöffnet werden, um den Grenzhandel zu steigern. Zudem sollte die passfreie Einreise in diese Nachbarländer gestattet werden, wie dies bei Zypern und Georgien der Fall ist.

## **C - Export-Import Gleichgewicht - Produktionskosten**

Einer der wichtigsten Inputfaktoren in der Industrie ist Energie. Durch die Senkung der Energiekosten werden die Kosten der industriellen Produktion gesenkt, was eine günstigere Produk-

tion mit höherer Qualität und in größeren Mengen ermöglicht. Dadurch wird die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Produktion auf dem Weltmarkt gestärkt. Dies führt zu steigenden Exporten, einer Handelsverlagerung zugunsten des Landes und einem Rückgang der Arbeitslosigkeit. Daher ist es notwendig, die Energiekosten zu senken und die Abhängigkeit von ausländischen Quellen zu minimieren.

### **D - Energiekosten - Kernenergie**

Es sollen neue Wasserkraftwerke gebaut und Kernkraftwerke errichtet werden.

Es sollten Projekte entwickelt werden, die eine maximale Nutzung der Wind- und Sonnenenergie gewährleisten.

Um Energieverluste und -verschwendung zu vermeiden, muss die Infrastruktur auf internationalen Standard gebracht werden.

Die Öl- und Erdgasförderung muss intensiviert und mit mehr Mitteln ausgestattet werden. Die Auswertung der gefundenen Ölreserven muss sichergestellt werden.

### **E - Landwirtschaft und Viehzucht**

Die Landwirtschaft ist für die Selbstversorgung eines Landes von strategischer Bedeutung. Es ist unerlässlich, die Abhängigkeit von ausländischen Lieferanten bei landwirtschaftlichen Produkten zu vermeiden. Landwirte sollten daher als wertvoll angesehen und wie ein Schatz geschützt werden.

Die in der landwirtschaftlichen Produktion eingesetzten Maschinen und Geräte sollten vollständig im Inland hergestellt werden und ihre Kosten sollten gesenkt werden, um eine weite Verbreitung zu erreichen.

Die unvollständigen Bewässerungsanlagen sollen rasch fertiggestellt werden, die Menge der bewässerbaren landwirtschaftlichen Flächen soll erhöht werden und das Wasser soll so schnell wie möglich in den Boden gelangen.

Landwirte sollten zu einer bewussten Bewässerung erzogen werden und einer Bodenaustrocknung sollte durch Methoden wie Flutbewässerung vorgebeugt werden, die zu einer Überbewässerung führen.

Um die landwirtschaftliche Produktion zu steigern und ihre Qualität zu verbessern, sollte in jedem Dorf ein Agraringenieur oder, falls dort Tierhaltung betrieben wird, ein Tierarzt ernannt werden.

Um zu verhindern, dass die Bauern ihre Ernten verlieren und unter Selbstkostenpreis verkaufen, sollten landwirtschaftliche Industrien gefördert und Initiativen zur Verarbeitung und Ausfuhr überschüssiger Nahrungsmittel unterstützt werden.

Fruchtbare Flächen werden durch nichtlandwirtschaftliche Nutzung verschwendet. Die nichtzweckmäßige Nutzung landwirtschaftlicher Flächen, wie Urbanisierung und Industrialisierung, muss verhindert werden.

Die Entwicklung der Viehzucht sollte unterstützt werden und in allen Regionen sollten Fleisch- und Fischereibetriebe sowie Milch- und Futtermittelindustrien in Betrieb genommen werden.

In der Landwirtschaft und Viehzucht tätige Produzenten sollten ermutigt werden, Genossenschaften zu gründen. Zudem sollten die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, damit sie ihre hart erarbeiteten Produkte ohne Zwischenhändler an die Verbraucher liefern können.

Um die Produktion zu steigern und eine Abhängigkeit von aus-

ländischen Saatgutquellen zu vermeiden, sollte der Saatgutverbesserung ausreichend Bedeutung beigemessen werden und die in diesem Geschäft Tätigen sollten durch die Schaffung der notwendigen rechtlichen Vorkehrungen unterstützt werden.

Besondere Bedeutung sollte der Entwicklung der Viehzucht gewidmet werden und den Erzeugern sollte jede Art von Unterstützung geboten werden, um die Produktion von Wasserprodukten aus Meeren und Binnengewässern sowie deren Vermarktung zu steigern.

Es sollten spezielle Projekte zur Entwicklung der Viehzucht in Ostanatolien, der Landwirtschaft in Südostanatolien, der Forstwirtschaft und Fischerei in der Schwarzmeerregion vorbereitet und die Hochseefischerei sowie Fischzucht in Stauseen gefördert werden.

### **F – Rückkehr In Die Dörfer Und Ländliche Entwicklung**

Um die Rückkehr evakuierter oder verlassener Dörfer zu gewährleisten und diesen Dörfern die Teilnahme an der Produktion zu ermöglichen, sollten die bestehenden Anreize verstärkt werden.

Um den Lebensunterhalt landloser oder im Tiefland lebender Bauernfamilien zu sichern, muss ein umfassendes Landreformgesetz erlassen werden. Zudem muss die Bereitstellung von Land für landlose oder im Tiefland lebende Bauern sichergestellt werden.

Im ganzen Land sollten Bodenanalysen durchgeführt werden, um festzustellen, auf welchen Flächen das beste Produkt bzw. die besten Produkte wachsen können. Die Landwirte sollten auf diese Anbaumethoden aufmerksam gemacht und zu ihrer Nutzung ermutigt werden.

## **G – Bewirtschaftung Von Staatlichem Land**

Die Nutznießungsrechte an landwirtschaftlich nutzbaren Grundstücken, die dem Fiskus gehören und deren Eigentum beim Fiskus verbleiben, sollten landlosen Landwirten unentgeltlich zugestanden werden, sofern sie die Grundstücke selbst bewirtschaften.

Nachdem die verminten Ländereien in den Grenzregionen von Minen geräumt sind, sollten den Dorfbewohnern, die kein Land besitzen, Nutznießungsrechte zugesprochen werden.

## **H – Vermeidung Von Verschwendung Und Korruption, Effizienter Ressourceneinsatz**

Verschwendung ist eine wirtschaftliche Krankheit. Sie führt Der Niedergang der Segnungen und muss verhindert werden. Insbesondere die Verschwendung öffentlicher Mittel hat ein alarmierendes Ausmaß angenommen.

Korruption ist einer der Hauptgründe für die Verschwendung öffentlicher Mittel. Es gibt viele Gründe für Korruption. Der wichtigste ist jedoch der Mangel an Moral und Spiritualität.

Die radikalste Maßnahme zur Verhinderung von Bestechung und Korruption besteht darin, unseren Kindern bereits in der Grundschule unsere moralischen und religiösen Werte zu vermitteln und sie vor solchen unmoralischen und ungerechten Vorteilen zu bewahren.

Um das Bewusstsein unserer Kinder für dieses Thema zu stärken, sollten entsprechende Maßnahmen im Lehrplan getroffen werden. Die Öffentlichkeit sollte über die Massenmedien, insbe-

sondere das Fernsehen, für dieses Thema sensibilisiert und die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen in diesem Bereich gefördert und unterstützt werden.

Um Korruption und Bestechung, weit verbreitete soziale Krankheiten, zu bekämpfen, müssen wirksame Kontrollen durchgeführt und die Transparenz der öffentlichen Ausgaben sichergestellt werden. Die notwendigen Regelungen müssen in die Ausschreibungsgesetze aufgenommen werden.

Eine der wirksamsten Möglichkeiten zur Bekämpfung von Korruption und Bestechung besteht darin, die Gehälter öffentlicher Beamter so weit anzuheben, dass sie keine anderen Einkommensquellen mehr benötigen.

Die Richtigkeit der Vermögenserklärungen von Amtsträgern muss überprüft und die Ursachen für ungewöhnliche Vermögenserhöhungen untersucht werden. Gerüchte über Bestechung und Korruption müssen ernst genommen und von den Justizbehörden sorgfältig untersucht werden.

### **I - Haushaltsdefizit und Staatsverschuldung**

Ein erheblicher Teil der öffentlichen Mittel wird für die Begleichung von Zinsen für Inlands- und Auslandsschulden verwendet. Dieser Zustand muss unbedingt korrigiert werden. Um die Notwendigkeit öffentlicher Kreditaufnahme und damit die Zinslast zu beseitigen, soll das Poolsystem eingeführt werden.

Einnahmen und Ausgaben in den Haushalten sollten ausgeglichen sein und Schulden, die das Leben künftiger Generationen belasten, sollten beendet werden.

Bleiben die Einnahmen hinter den Erwartungen zurück, sollten zunächst die Ausgaben gekürzt werden und wenn den Bürgern

im Bedarfsfall zusätzliche Belastungen auferlegt werden sollen, sollte diese Regelung nur per Gesetz erfolgen.

## **J - Steuergerechtigkeit**

In einem gerechten Steuersystem sollte die Steuerbelastung der Bürger proportional zu ihrem Vermögen und Einkommen sein. Darüber hinaus sollte die Steuerpolitik dazu beitragen, die Ungleichheit der Einkommensverteilung zu verringern. Im türkischen Steuersystem scheint es so, als würden Geringverdiener weniger und Mehrverdiener mehr besteuert. In Wirklichkeit ist es jedoch umgekehrt. Geringverdiener zahlen den höchsten Steuersatz.

Der Anteil der indirekten Steuern auf Konsumgüter und Dienstleistungen sowie der Quellensteuern auf Löhne und Gehälter ist sehr hoch. Diese Unverhältnismäßigkeit benachteiligt Bürger mit niedrigem Einkommen, die ihr gesamtes Einkommen für ihren Lebensunterhalt ausgeben müssen und somit sowohl beim Einkommen als auch beim Ausgeben Steuern zahlen. Diese Unverhältnismäßigkeit muss unbedingt korrigiert werden.

### **Zu diesem Zweck;**

Der gesamte Mindestlohn sollte steuerfrei sein. Nach Abzug der Ausgaben für Grundbedürfnisse wie Nahrung, Kleidung, Unterkunft, Gesundheit, Bildung und Transport sollte der verbleibende Betrag versteuert werden.

Die Steuersätze für Kommunikations- und Kulturausgaben sollten auf ein vernünftiges Niveau gesenkt werden.

Die Grundsteuer sollte nicht für Eigennutzung erhoben werden.

Die Steuervorschriften sollen neu organisiert und vereinfacht werden, die Steuersätze sollen gesenkt und auf die Bemessungsgrundlage verteilt werden.

Steuerbefreiungen für diejenigen, die durch Kapitalerträge Geld verdienen, ohne an Produktionstätigkeiten teilzunehmen oder Risiken einzugehen, sollen abgeschafft und die bestehenden Steuersätze erhöht werden.

### **K - Entwicklung, Renaturierung und Bewirtschaftung von Wäldern**

Bestehende Maßnahmen zum Schutz der Wälder sollten verstärkt werden und den Walddorfbewohnern sollte eine aktive Rolle und Verantwortung beim Schutz der Wälder übertragen werden.

Für den Notfalleinsatz bei Waldbränden soll die Zahl der Löschflugzeuge und Baumaschinen erhöht werden.

Um die Waldflächen zu vergrößern, sollten landwirtschaftlich nicht nutzbare Flächen aufgeforstet werden. Bei der Wahl der Baumarten sollten die Bedürfnisse der Forstwirtschaft berücksichtigt werden.

Die private Forstwirtschaft soll gefördert werden.

Bereits in der Grundschule soll unseren Kindern ein Waldbewusstsein und die Liebe zu Bäumen vermittelt werden.

Bei der Bewirtschaftung der Wälder und der Nutzung ihrer Produkte soll den Waldbewohnern Vorrang eingeräumt werden und es soll eine Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor aufgebaut werden.

### **L – Grenzhandel**

In Grenzregionen sollten Freihandelszonen eingerichtet werden, um das Handelsvolumen mit den Nachbarländern zu erhöhen. Darüber hinaus sollte die Produktion von Exportprodukten in

grenznahen Regionen gefördert werden.

Damit sich der Grenzhandel entwickeln kann, muss die Infrastruktur für passfreies Reisen in die Nachbarländer vorbereitet werden.

Um den Verkehr mit den Nachbarländern kostengünstiger und sicherer zu gestalten, sollten gemeinsame Projekte im See- und Schienenverkehr entwickelt werden. Diese Projekte sollten rasch abgeschlossen und in Betrieb genommen werden, und die Qualität der bestehenden Autobahnen sollte verbessert werden.

## V - AUSSENPOLITIK

Die Mächte, die die Weltpolitik dominieren, ertränken die Welt und insbesondere die unterdrückten und muslimischen Völker in einem Meer aus Blut und Tränen. Unter dem Vorwand, „Demokratie und Freiheit zu bringen“, verfolgen sie eine Außenpolitik, die auf Interessen und eine kolonialistische Mentalität ausgerichtet ist. Der Widerstand der Länder und Völker, die sie jahrhundertlang ausgebeutet haben, gegen Ausbeutung und Unterdrückung oder gegen Praktiken, die den Interessen der Imperialisten schaden, wird heute zu einem Instrument der Ausbeutung und Unterdrückung gemacht und mit Krieg und Angriffen bedroht oder beseitigt, dabei kommen Instrumente wie der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und die NATO zum Einsatz, die sich in Instrumente der heutigen Ausbeutung und Grausamkeit verwandelt haben.

Da die eigennützige Politik, sich auf die Seite der Mächtigen zu stellen oder das zu vertreten, was in unserem eigenen Interesse liegt, heute das außenpolitische Prinzip vieler Länder der Welt ist, können Konflikte und Unterdrückung in der Welt nicht gesäubert werden. Unser oberstes Prinzip ist eine Außenpolitik mit Persönlichkeit, die für das Richtige eintritt und nicht für das, was unseren Interessen dient.

Auch wenn wir aus einer interessenbasierten Perspektive denken, glauben wir, dass Grausamkeit und Ausbeutung weder den Interessen von irgendjemandem noch von irgendeiner Regierung dienen. Unterdrückung kann nicht ewig andauern. Wenn das Blutvergießen und die Tränen nicht aufhören, sind Frieden und Sicherheit der Menschen, die heute scheinbar in Wohlstand und Frieden in

ihren eigenen Ländern leben, nicht mehr gewährleistet.

Die durch Unterdrückung, Elend und Ausbeutung entstandene Armut; die Migration ausgebeuteter und unterdrückter Menschen in Gruppen, führte zu einem ernsthaften Flüchtlingsproblem. Einige der Migranten, die unter ungesunden und gefährlichen Bedingungen reisen, ertrinken, weil die überfüllten Boote, in denen sie zusammengepfercht sind, sinken. Andere wiederum verhungern und verdursten mitten auf dem Meer, weil man ihnen den Zugang zu den Küsten der Länder, die sie erreichen möchten, verwehrt. Oder sie verbrennen in den Häusern, in denen man sie einsperrt, um nicht gefasst zu werden. Es ist eine bittere Wahrheit, dass Flüchtlinge, die einst ehrenwerte Mitglieder ihrer eigenen Gesellschaft in ihrem Heimatland waren, gezwungen sind, als Ausgestoßene in einer Gesellschaft zu leben, der ihre Sprache und Kultur fremd ist, weit weg von ihren Freunden und Verwandten. Sie sind weder in der Fremde glücklich, noch bringen sie Glück in die Gesellschaft, in der sie Zuflucht suchen.

Macht anzuhäufen und auf der internationalen Bühne ein mächtigerer und einflussreicher zu werden, ist legitim, wenn es darum geht, Unterdrückung und Ausbeutung zu beseitigen. Es ist weder legitim noch menschlich, danach zu streben, politisch, wirtschaftlich oder militärisch stärker zu werden, um die bestehenden imperialistischen Weltmächte zu ersetzen und gemeinsam mit ihnen oder an ihrer Stelle schwache und unterentwickelte Länder auszubuten.

Eine Zusammenarbeit mit imperialistischen Weltmächten sollte niemals erfolgen, damit diese ihre Unterdrückung leichter ausüben können. Eine Außenpolitik zu betreiben, die darauf abzielt, Kriege zu verhindern und darauf hinzuwirken, die Welt zu einem Ort des Friedens und des Wohlstands zu machen, frei von Massenvernichtungswaffen, ist eine Anforderung unseres Glaubens und unserer Weltanschauung.

Unsere Außenpolitik basiert auf humanitären Grundlagen wie Gerechtigkeit, Fairness, Brüderlichkeit und Solidarität.

Sich hinter vagen Begriffen wie „nationale oder nationale Interessen“ zu verstecken und angesichts anhaltender Grausamkeiten zu schweigen oder sie gar zu unterstützen oder sich daran mitschuldigen, ist für keinen Staat würdig, der ein würdiges Mitglied der internationalen Gemeinschaft ist. Denn nicht nur im Inneren, sondern auch im Äußeren sei es notwendig, „gegen Unterdrückung zu sein, egal von wem sie ausgeht, und auf der Seite der Unterdrückten, egal wer sie sind“.

Das größte Hindernis für die Schaffung von Frieden und Ruhe, insbesondere im Nahen Osten und allgemein in der Welt, ist die anhaltende Grausamkeit des Zionismus gegenüber den Palästinensern. Solange die ungerechten und illegalen Angriffe auf das palästinensische Volk, das von der globalen imperialistischen Kreuzfahrermentalität als Terroristen betrachtet und erklärt wird, ist die Schaffung eines dauerhaften Friedens nicht möglich.

Das zionistische Besatzungsregime, das das größte Problem in der Region darstellt, muss sich aus allen von ihm besetzten Gebieten zurückziehen und ein unabhängiger palästinensischer Staat muss gegründet werden.

Das Embargo, die Seeblockade und die Errichtung neuer Siedlungen, die wir in ihrer gegenwärtigen Form kritisieren und als ungerecht akzeptieren und die selbst die Vereinten Nationen als völkerrechtswidrig definieren, werden trotz der Einwände der internationalen Gemeinschaft fortgesetzt. Denn die Einwände bleiben verbal und schwach, und es werden keine Sanktionen verhängt. Diese Einwände müssen lauter und entschiedener vorgebracht werden, und die unmenschlichen Praktiken des zionistischen Regimes müssen mit harten Sanktionen belegt werden.

Wenn keine Maßnahmen ergriffen werden, um die Unterdrückung zu beenden, wird der Schaden nicht nur das palästinensische Volk

und sein Land betreffen, sondern die gesamte Menschheit wird darunter leiden.

Sämtliche Beziehungen zum zionistischen israelischen Regime müssen abgebrochen und dessen Anerkennung als Staat aufgegeben werden.

Ebenso sollten die muslimischen Kurden, die seit Jahrhunderten in ihrem Heimatland leben, jedoch durch künstliche Grenzen, zwischen denen Stacheldraht und Minen verlegt sind, in vier Teile geteilt sind, als ein Volk und eine Nation betrachtet werden, wie sie es einst waren. Die künstlichen Grenzen sollten beseitigt werden und es sollten die notwendigen Schritte unternommen werden, um die wirtschaftliche, kulturelle und soziale Solidarität, die politische Zusammenarbeit und die Verwandtschaftsrechte zu gewährleisten. Die Entfremdung und Ausgrenzung der muslimischen Kurden, die ein Volk bilden und eng miteinander verwandt sind, voneinander stellt eine große Unterdrückung dar. Unabhängig von den politischen und administrativen Formen müssen alle Arten von Grenzen und Spaltungen zwischen dem muslimischen Volk der Kurden, die Brüder und Verwandte sind, beseitigt werden und es müssen alle notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um die menschlichen Beziehungen wieder in Ordnung zu bringen.

Die Verwaltung von HARAMAIN (Mekka-Medina), die gemeinsame Werte der islamischen Welt darstellen, muss eine autonome oder völlig unabhängige Struktur erhalten. Die Verwaltung der neu zu bildenden Struktur soll durch einen Rat erfolgen, der aus Muslimen aus aller Welt besteht.

Jeder Angriff auf diese Werte sollte als Angriff auf die gesamte islamische Ummah betrachtet werden und es sollte eine gemeinsame Verteidigungslinie eingerichtet werden.

Es ist den Vereinten Nationen und insbesondere dem Sicherheitsrat in ihrer gegenwärtigen Struktur unmöglich, dem Weltfrieden, der globalen Gerechtigkeit und dem Wohlergehen zu dienen. Drei

der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, die über ein Vetorecht verfügen, gehören dem christlich-westlichen Block an, während die anderen beiden dem ehemaligen sozialistischen Block angehören. Es ist ungerecht, dass Afrika und Südamerika geografisch und die islamische Welt kulturell und religiös nicht vertreten sind und dass den ständigen Mitgliedern die Macht und Autorität gegeben wird, Entscheidungen im Alleingang zu blockieren (Veto). Ein solcher Entscheidungsmechanismus untergräbt das Gerechtigkeitsempfinden, unabhängig von der getroffenen Entscheidung. Die derzeitige Struktur sollte daher nicht fortgeführt werden.

Durch die Veränderung dieser Struktur wird die Verbreitung von Frieden, Ruhe und Wohlstand in der Welt möglich sein. Die im Hinblick auf Gerechtigkeit und Fairness angemessenste Lösung besteht darin, den Status der ständigen Mitgliedschaft völlig abzuschaffen, alle Mitglieder des fünfzehnköpfigen Rates für einen bestimmten Zeitraum zu wählen, jeden Kontinent und jede Glaubensrichtung proportional entsprechend ihrer Bevölkerungsdichte zu vertreten, kein Vetorecht unter den Mitgliedern zu haben und Entscheidungen mit Mehrheitsbeschluss zu treffen.

Internationale Organisationen wie der IWF, die Weltbank und die WTO sind Institutionen, die der zionistische Imperialismus als Werkzeuge der Ausbeutung nutzt.

Aus dieser Perspektive verschuldet sich der IWF ständig bei anderen Ländern der Welt, um sie in Abhängigkeit zu bringen. So können sie, wenn nötig, die Wirtschaft der Länder ihrer Wahl zum Einsturz bringen und im Land soziale Explosionen und Chaos verursachen.

Daher sollte die Aufnahme von Krediten beim IWF und die Umsetzung seiner Programme unbedingt vermieden werden.

Wirtschaftliche Unabhängigkeit ist eine Voraussetzung für politische Unabhängigkeit.

Die NATO wurde 1949 mit 12 Mitgliedern gegründet und begann

nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991, ihre Verteidigungsrolle auch bei Aktivitäten außerhalb des eigenen "Territoriums" zu nutzen. Zur Umsetzung dieser Projekte zur Errichtung einer „neuen Weltordnung“ wurden der NATO von den USA sehr wichtige Aufgaben übertragen.

Die Kolonialstaaten haben auf organisierte Weise versucht, mit der Wahn des „islamischen Terrors“ eine Verbindung zwischen Islam und Terrorismus herzustellen; dies haben sie zum neuen Ziel der NATO erklärt.

Die NATO unter Führung der USA hat sich zum Ziel gesetzt, eine politische, wirtschaftliche und militärische Alternative zum christlichen westlichen Bündnis zu schaffen und insbesondere die Einheit der islamischen Länder zu verhindern. Zu diesem Zweck versucht sie, konfessionelle und geografische Konflikte zu schüren und Feindseligkeiten zu säen. Dabei erklärt sie diejenigen, die sie als Hindernisse auf dem Weg zu diesem Ziel betrachtet, zu „Terroristen“ und wendet Methoden an, wie etwa tatsächliche Angriffe auf islamische Länder, deren Besetzung, deren Schwächung durch Embargos oder deren Destabilisierung durch die Schaffung innerer Konflikte.

Eines seiner Ziele besteht darin, zu verhindern, dass irgendein Staat im Nahen Osten und in der islamischen Welt mächtiger wird als Israel. Ein weiteres Ziel besteht darin, die islamischen Länder, die über mehr als 70 % der Energiereserven verfügen, und ihre Ressourcen unter Kontrolle zu halten.

Während die imperialistischen Mächte der Welt diese invasive und koloniale Politik verfolgen, versuchen sie, ihr wahres Gesicht hinter Masken wie Menschenrechten, Demokratie, Freiheit und dem Kampf gegen den Terrorismus zu verbergen.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Auch wenn es so scheint, als ob der NATO im Rahmen des unter der Führung der UNO initiierten Projekts „Allianz der Zivilisationen“ eine neue Aufgabe übertragen

wurde, ist es doch klar, dass die USA, die innerhalb der NATO die wirksamste Macht darstellt, der These vom „Kampf der Zivilisationen“ näherstehen und im Rahmen dieser These aus unterschiedlichen Gründen islamische Länder bombardiert oder überfallen haben. Es ist beschämend, dass die Türkei als islamisches Land die Unterdrückungsoperationen der NATO billigt und sich aktiv daran beteiligt. Wenn die Türkei diese Unterdrückung nicht verhindern kann, sollte sie sich zumindest nicht daran beteiligen.

Es scheint derzeit keinen Sinn zu haben, den Beitrittsprozess zur Europäischen Union fortzusetzen, der ursprünglich eingeleitet wurde, um im Kampf gegen den internen Status Quo stark zu bleiben. Wenn man die Wirtschaftskrisen, die die Europäische Union selbst erlebt hat, und die definitiven Erklärungen der beiden größten Länder der Union, die Türkei nicht als Mitglied aufzunehmen, hinzunimmt, wird klar, dass die Beendigung dieses Prozesses die beste Option ist. Beziehungen zu europäischen Ländern und internationalen Organisationen können im Rahmen des gegenseitigen Nutzens und im Einklang mit der Gerechtigkeit entwickelt werden.

Besondere Bedeutung messen wir den Beziehungen zu den islamischen Ländern bei. Statt der Europäischen Union mit 400 Millionen Einwohnern ist es notwendig, sich der islamischen Welt mit anderthalb Milliarden Menschen zuzuwenden und eine Union zu gründen, die langfristig eine vollständige Vereinigung mit gemeinsamem Handel, einer gemeinsamen Währung und dem Abbau von Grenzen anstrebt.

Wir sollten uns um eine Zusammenarbeit mit muslimischen Ländern bemühen, denen wir durch unseren Glauben verbunden sind. Zu diesem Zweck sollte unter dem Dach der Organisation für Islamische Zusammenarbeit oder durch die Schaffung eines neuen Daches eine starke politische Struktur mit militärischer Macht geschaffen werden. Eine solche Einheit würde tatsächlich der ganzen Welt zugutekommen. Diese politische Struktur sollte alle regionalen Probleme angehen und sie nacheinander lösen. So sollten

grausame Diktaturen, schiitisch-sunnitische Spannungen, ethnische Probleme und alle Probleme, die auf nationalen Interessen beruhen, durch das starke und faire Eingreifen der Union aus dem Weg geräumt werden.

Auf diese Weise soll eine Einmischung von außen in die inneren Probleme der islamischen Welt verhindert werden.

Es sollten Fonds für die Entwicklung hungernder Länder eingerichtet werden und die Mitgliedsländer sollten verpflichtet werden, im Verhältnis zu ihrem Einkommen zu diesem Fonds beizutragen.

Gemäß dem Grundsatz „Gut mit dem Nachbarn auskommen“, ist die friedliche Koexistenz mit den Nachbarländern und die Unterstützung der Rechtschaffenen und Unterdrückten ohne Diskriminierung aufgrund der Religion und Rasse ein grundlegender Grundsatz unseres außenpolitischen Verständnisses.

Die bestehenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Beziehungen zu den Nachbarländern sollen ausgebaut und im Rahmen gegenseitiger Interessen und der Grundsätze guter Nachbarschaft gepflegt werden.

Die Beziehungen zu den nahen und fernen Nachbarländern dürfen nicht zum Wohle oder zum Vorteil anderer beschädigt werden.

Es müssen die notwendigen Schritte unternommen werden, um die Viktimisierung von Familien zu beenden, die aufgrund künstlicher Grenzen zwischen uns und den Nachbarländern gespalten und auseinandergerissen wurden, und Zur Erfüllung des Verwandtschaftsrechts (Silat al-Rahim) müssen die notwendigen Schritte unternommen werden.

Alle Hindernisse für eine Steigerung des Export- und Importvolumens mit den Nachbarländern sollten beseitigt werden.

## VI - SOZIALPOLITIK

### A - Bildung

Bildung ist die Tätigkeit, die darauf abzielt, die angeborenen Fähigkeiten eines Menschen zu entwickeln und zu formen und ihn in die Lage zu versetzen, seine religiösen und lebenswichtigen Pflichten ordnungsgemäß zu erfüllen.

Das grundlegende Ziel der Bildung besteht darin, Körper und Geist zu entwickeln, den Willen zu stärken, Seele und Körper Anstand einzuflößen, gute und reife Menschen mit starker Moral heranzuziehen und die neue Generation auf das Leben und die Zukunft vorzubereiten.

Heute wie in der Vergangenheit bedarf, es einer gut ausgebildeten Generation, die sich von Wissen und Glauben leiten lässt, den Islam vollständig verinnerlicht, Lebensfreude mit der Liebe zu Allah verbindet und aktiv und positiv am gesellschaftlichen Leben teilnimmt und es führt. Zweifellos kann dieser Bedarf durch eine optimale Ausbildung gedeckt werden, die Wissen und Weisheit integriert und die Menschen aktiv und produktiv macht.

Das wichtigste Element der Bildung ist korrektes Wissen. Das größte Hindernis für eine optimale Bildung ist die Verfälschung des Wissens. Die wahre Quelle der Korruption liegt darin, dass Wissen, die Quelle gesellschaftlicher Werte, zu einem Werkzeug für weltliche Interessen und ideologische Zwecke gemacht wurde.

Es muss betont werden, dass das Bildungssystem im Einklang

mit den islamischen Werten und den anerkannten historischen Erfahrungen der Muslime organisiert sein muss, um die Gegenwart und die Zukunft zu verstehen, und dass es mit einem Verständnis angegangen werden muss, das Menschen erzieht, ausbildet und weiterbildet, und nicht nur Wissen vermittelt und auswendig lernt.

Das Bildungssystem sollte von Anfang bis Ende unter Berücksichtigung des Wortes „Bildung“, seiner Begriffe, Informationsquellen, Definitionen und Beispiele hinterfragt werden. Alle islamischen Werte, die seit der Einführung des französischen Bildungssystems im Jahr 1867 im Bildungswesen verloren gegangen sind, sollten wieder in das Bildungssystem eingeführt werden. Damit ist nicht eine Rückkehr zu Raum und Werkzeug gemeint, sondern die Abkehr von westlicher Imitation in allen Elementen und eine den Erfordernissen der Zeit entsprechende Neugestaltung und Organisation der Bildung. Ziel ist es, wieder zur BILDUNG zu gelangen.

Die Wissenschaft, die im Westen in praktische Produkte umgesetzt wurde und dabei von ihrem Ziel, der Menschheit zu dienen, abgelenkt wurde, ist im Wesentlichen die gemeinsame Erfahrung der Menschheit. Den größten Anteil an dieser gemeinsamen Erfahrung haben zweifellos die Anhänger des Monotheismus. Die „wissenschaftliche Entwicklung“ kann als Tatsache nicht geleugnet werden. Die Definition „wissenschaftlicher Wahrheiten“ als „absolute Wahrheiten“ bedeutet jedoch, dass jemand seine eigene Produktion, sein eigenes Werk verehrt. Diese Definition ist inakzeptabel. Wissenschaft ist keine absolute Wahrheit, sondern eine Reihe von Erfahrungen, die von Natur aus die Möglichkeit von Fehlern beinhalten.

Fortschritt in allen Bereichen hängt vom Potenzial gut ausgebildeter Menschen ab. Bildung zielt auf ein Höchstmaß an Entwicklung und Wohlergehen des Einzelnen und der Gesellschaft ab. Dieses Ziel wird in unserem Land jedoch nicht im gewünschten Maße erreicht. Der Grund dafür liegt darin, dass Bildung dem

Einfluss politischer und ideologischer Interventionen ausgesetzt war. Bildungseinrichtungen wurden zu Instrumenten, um einen bestimmten Lebensstil durchzusetzen. Die Qualität nahm ab, die Chancengleichheit wurde aufgehoben, und Bildungsumgebungen wurden zu Orten, an denen sich Menschen von ihren Werten und ihrer Spiritualität entfremdeten.

Diese Praktiken haben vielen Menschen das Recht auf Bildung genommen. Aufgrund dieser Praktiken, die nicht mit der Natur unseres Volkes vereinbar sind, wird Millionen von Mädchen im Land seit Jahren der Zugang zu Bildung verwehrt. Das aufgezwungene Bildungssystem hat Generationen heranwachsen lassen, die den Werten der Gesellschaft, in der sie leben, widersprechen. Infolgedessen konnten weder soziale Entwicklung noch Frieden und Ruhe erreicht werden. Der Bildungs- und Ausbildungslehrplan sollte von ideologischen Elementen befreit werden.

In der allgemeinen und beruflichen Bildung legen wir Wert darauf, unseren Menschheit Wissen und Fähigkeiten zu vermitteln und ihnen hohe moralische Werte und Umgangsformen zu vermitteln. In einer Zeit, in der Menschenrechte und Freiheiten an Bedeutung gewinnen, der internationale Wettbewerb sich verschärft und schwindelerregende Veränderungen stattfinden, können wir die Elemente Bildung, Ausbildung und Disziplin, die wir im Rahmen unserer Werte als unsere wichtigsten Anliegen erachten, nur mit gut ausgebildeten Individuen schützen und stärken.

Die Entwicklung und das Wohlergehen der zukünftigen Generation hängen vom Bildungsprozess und den umgesetzten Standards ab. Der Erfolg des Landes in allen Bereichen ist das Ergebnis des Erfolgs gut ausgebildeter Menschen. Aus diesem Grund sollte der größte Anteil des Budgets für die Bildung bereitgestellt werden.

Die Qualität der Ausbildung an öffentlichen Schulen muss gesteigert, die technologische Ausstattung verbessert und der Lehrplan

überprüft werden. Bildung ist ein Bereich, der nicht nur aus der Perspektive der Gebildeten, sondern auch aus der Perspektive der Erzieher entwickelt und gestärkt werden muss. Die Lehrerbildungsstätten sollen nach diesem Verständnis umgestaltet und moralischen und gesellschaftlichen Werten verpflichtete Lehrkräfte ausgebildet werden.

Die Berufsausbildung soll neu strukturiert und so gestaltet werden, dass sie einen Beitrag zur Wirtschaft des Landes leistet und den Bedarf an qualifiziertem Personal deckt. Nach der ersten Stufe der Grundschule sollten die Schüler bei der Berufswahl angeleitet werden. Bildungseinrichtungen sollten in Einrichtungen umgewandelt werden, die Technologie produzieren, verstärkt mit der Industrie zusammenarbeiten und über ein hohes technisches Wissen verfügen. Unser Ziel ist die Entwicklung eines geeigneten, dynamischen und produktiven Berufsbildungssystems in den Bereichen, die das Land benötigt.

In einer globalisierten Welt, die zu einem kleinen Dorf geworden ist, sollte die Fremdsprachenkenntnisrate erhöht werden, da Sprachkenntnisse für internationale Beziehungen und den Informationsaustausch in den Bereichen Wissenschaft, Gesundheit, Technologie usw. wichtig sind.

Die Fächer Koran, Arabisch, Hadith, Katechismus (İlm al-Hal, Islamische-Grundprinzipien) und Biografie (Sirah) sollten bereits ab der ersten Klasse der Grundschule unterrichtet werden. Dabei sollte die Unterstützung kompetenter Institutionen und Organisationen genutzt werden. Hindernisse für die in diesem Bereich tätigen zivilgesellschaftlicher Organisationen in diesem Bereich sollten beseitigt werden. Die Bildungsfunktion der Moscheen sollte maximal genutzt werden. Die Eröffnung privater Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen soll gestattet werden.

Die Bedeutung der Madrasas für die Entwicklung unserer Zivili-

sation ist enorm. Deshalb sollten unsere alten Madrasas restauriert und instandgesetzt werden. Die Zeit, die sie in einer Madrasa verbringen, sollte als Schulpflicht anerkannt werden. Absolventen dieser Schulen sollten nach Bestehen bestimmter Prüfungen ein gleichwertiges Diplom erhalten.

Das Leben und Werk unserer Gelehrten, die Meisterwerke auf dem Gebiet der Religion und Literatur hinterlassen haben, sollte in Lehrbücher aufgenommen werden.

Die Sprachen der Völker, aus denen der Staat besteht, sollten offiziell anerkannt werden. Es sollten die notwendigen Vorkehrungen getroffen werden, damit jeder in seiner eigenen Muttersprache unterrichtet werden kann.

Die obligatorische Koedukation sollte abgeschafft werden, und Familien, die dies wünschen, sollten ihre Kinder auf allen Bildungsstufen, einschließlich der Hochschulbildung, in reinen Jungen- oder Mädchenschulen unterrichten lassen können.

Schulfamilienverbände sollten in Bildungseinrichtungen effektiver gestaltet werden. Ein kontrollierbares Bildungsmodell sollte unter aktiver Beteiligung der Eltern an Bildungs- und Ausbildungsprozessen entwickelt werden.

Es müssen die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um sicherzustellen, dass behinderte Menschen ihr Recht auf Bildung und Ausbildung wahrnehmen können.

Das Kopftuchverbot, das unserem Volk und insbesondere unseren Mädchen seit Jahren Albträume bereitet, sollte vollständig aufgehoben werden und Lehrkräfte und Schülerinnen an Bildungseinrichtungen aller Stufen Sie sollten in der Lage sein, zu vertuschen.

Chancengleichheit bei der Hochschulzugangsprüfung sollte gewährleistet sein. Es sollten Mittel bereitgestellt werden, damit Studierende Stipendienmöglichkeiten optimal nutzen können. Be-

schlagnahmte Gegenstände sollten als Mittel für Bildungsstipendien verwendet werden.

Unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Hochschulstudenten sollten ausreichend Wohnheime für Mädchen, Jungen und Ehepaare eingerichtet werden.

Der Hochschulrat (YÖK) sollte abgeschafft werden und die Universitäten sollten eine autonome Struktur in akademischer, administrativer und finanzieller Hinsicht erhalten. Zudem sollte eine horizontale Organisation eingerichtet werden, die die Koordination zwischen den Hochschuleinrichtungen sicherstellt.

Die ursprüngliche Identität der Universitäten muss wiederhergestellt und sie müssen in Institutionen umgewandelt werden, in denen weder auf das akademische Personal noch auf die Studierenden Druck ausgeübt wird oder ihnen etwas vorgezwungen wird.

Die Eröffnung privater Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen auf allen Ebenen und in allen Bereichen sollte möglich sein. Stiftungsuniversitäten sollten unterstützt werden.

Auch bedürftigen Schülern soll eine qualitativ hochwertige Ausbildung geboten werden. Begabten Schülern soll durch spezielle Bildungsprogramme die Möglichkeit gegeben werden, innerhalb kürzester Zeit ein Hochschulstudium zu beginnen, um Zeitverlusten vorzubeugen.

Es müssen die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um sicherzustellen, dass unsere Bürger und ihre im Ausland lebenden Kinder eine angemessene Bildung und Ausbildung entsprechend ihren Überzeugungen erhalten.

An den Universitäten sollten ausreichend Abteilungen eingerichtet werden, um Personal auszubilden, das in allen Bereichen an Einrichtungen, die Unterricht in der Muttersprache anbieten, Bildung und Ausbildung anbieten kann.

## B - Gesundheit

Der Schutz der Gesundheit der Bürger ist eine grundlegende Aufgabe des Staates.

In diesem Zusammenhang;

Um Krankheiten vorzubeugen, bevor sie auftreten, muss der umfassenden Nutzung präventiver Gesundheitsdienste große Bedeutung beigemessen werden. Besonderes Augenmerk sollte auf die Gesundheit von Mutter und Kind gelegt werden.

Die Pharmaindustrie und der Gesundheitssektor müssen streng kontrolliert werden. Die Wettbewerbsregeln im Gesundheitswesen müssen klar definiert und rasch gesetzliche Regelungen geschaffen werden, um Korruption und unlautere Gewinne zu verhindern.

Die Zahl der Krankenhäuser soll erhöht, mit moderner Technologie ausgestattet und ihre Servicekapazität erhöht werden. Patienten sollen nicht gezwungen werden, für eine Behandlung in Großstädte gehen müssen.

Es sollten Förderfonds eingerichtet werden, die dem Ausbau der wissenschaftlichen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten im medizinischen Bereich besondere Bedeutung beimessen.

Die Zusammenarbeit mit ausländischen Universitäten soll ausgebaut werden, um sicherzustellen, dass Studierende der Fakultäten für Medizin, Pharmazie, Zahnmedizin und Berufsschulen im Gesundheitswesen in neuen Entwicklungen und Techniken des Gesundheitssektors geschult werden. Zudem sollen die notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsqualität ergriffen werden.

Gesundheitserziehung sollte gemäß internationalen Standards erfolgen.

Die Pharma- und Medizintechnikindustrie soll unterstützt und die

Anreize für Gesundheitsinvestitionen neu geordnet werden.

Es müssen vorbeugende Maßnahmen gegen Berufskrankheiten am Arbeitsplatz ergriffen und Schulungen und Sensibilisierungsmaßnahmen durchgeführt werden, um Behinderungen durch Verkehrsunfälle, Arbeitsunfälle und Fahrlässigkeit vorzubeugen.

Die Rechte der Beschäftigten im Gesundheitssektor sollen neu geregelt und an internationale Standards angepasst werden.

In den Provinz- und Bezirkszentren sollten ausreichend Gästehäuser eingerichtet werden. Patienten und ihre Angehörigen, die an ihrem Wohnort keine Behandlungsmöglichkeiten finden und zur Behandlung in andere Städte reisen, sollten während der Behandlungszeit in diesen Gästehäusern untergebracht werden. Neu errichtete Krankenhäuser sollten so konzipiert werden, dass sie Gästehäuser umfassen.

Die Standards für eine gesunde Lebensmittelproduktion sollten überprüft und der Verkauf gentechnisch veränderter Lebensmittel verboten werden. Angesichts der muslimischen Bevölkerungsmehrheit sollten Vorschriften für Halal-Lebensmittel und Halal-Schlachtung erlassen werden.

Die Strafen für diejenigen, die die Standards nicht einhalten und gesundheitsschädliche Produkte auf den Markt bringen, sollten verschärft werden, um eine abschreckende Wirkung zu erzielen.

## **C - Soziale Sicherheit und soziale Dienste**

Wir betrachten soziale Sicherheit als ein grundlegendes Menschenrecht. Jeder hat das Recht auf soziale Sicherheit, die die Kosten für Nahrung, Lebensunterhalt, Unterkunft, medizinische Versorgung und Bildung deckt.

Die Gewährleistung und der Aufbau sozialer Sicherheit gehören zu den grundlegenden Aufgaben des Staates, um zu verhindern,

dass Menschen im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, Verwitwung und Alter in Not geraten.

Müttern und Kindern muss besondere Fürsorge und Unterstützung zuteilwerden. Die Arbeitsbedingungen für berufstätige Frauen mit Kindern müssen der Menschenwürde entsprechen.

Durch die Verhinderung der Beschäftigung nicht versicherter Arbeitnehmer soll sowohl den Arbeitnehmern als auch ihren Ehepartnern und Kindern Sicherheit geboten werden.

Die Betreuung und Behandlung pflege- und behandlungsbedürftiger behinderter Menschen soll erleichtert und die medizinische Rehabilitation behinderter Menschen ermöglicht werden.

Die Sozialhilfe für ältere und bedürftige Menschen soll erhöht werden. Die Betreuung pflegebedürftiger älterer Menschen innerhalb der Familie soll gefördert werden. Familien, die ihre behinderten Kinder und älteren Menschen selbst betreuen, sollten durch Steuererleichterungen oder direkte Hilfen unterstützt werden. Diese Familien sollten bei der Ausbildung und Rehabilitation ihrer Kinder unterstützt werden.

Die Wohnungs- und Bildungsprobleme von Straßenkindern, älteren Menschen und Obdachlosen sollten gelöst und, wenn nötig, behandelt werden. Die Zahl der Wohnheime und Altenheime zur Betreuung von Waisenkindern und älteren Menschen soll erhöht und ihre Bedingungen sollen verbessert werden.

In Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen sollte an der Lösung der Probleme älterer und hilfloser Menschen entwickelt werden.

Die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen wie Vereine und Stiftungen, die der gesunden Entwicklung des Einzelnen und der Gesellschaft dienen, soll erleichtert und Hindernisse aus dem Weg geräumt werden.

## D - Frauen und Familie

Die Schaffung einer Umgebung des Friedens und der Ruhe ist durch die Erziehung von Individuen möglich, die mit spirituellen und moralischen Werten ausgestattet sind. Die Familie ist die erste Lehrerin des Menschen, die Frau diejenige, die die Gesellschaft erzieht. Dass die Frau den Platz einnimmt, den sie verdient, und ihre grundlegendste Pflicht erfüllen kann, gehört zu den Grundsätzen unserer Sozialpolitik.

Zu unseren vorrangigen politischen Maßnahmen gehört es, die sexuelle und wirtschaftliche Ausbeutung von Frauen zu verhindern, alle Formen der Gewalt gegen sie zu bekämpfen und sicherzustellen, dass sie den Respekt erhalten, den sie verdienen.

Das Fundament der Gesellschaft ist die Familie. Sie ist die Quelle sozialen Glücks, der Solidarität, des Friedens, der Liebe und des Respekts. Heiraten und eine Familie gründen ist die humansten und grundlegendsten Menschenrechte jedes Mannes und jeder Frau.

Zu den grundlegenden Aufgaben des Sozialstaates gehört es, jungen Menschen, die aus finanziellen Gründen nicht heiraten können, die Möglichkeit zu geben, zu heiraten und ein Zuhause zu haben.

Ehe und Familie müssen in jeder Hinsicht gefördert und unterstützt werden. Der Schutz der Familienstruktur ist der Schutz der Gesellschaft und unserer Zukunft. Der Staat sollte Maßnahmen zum Schutz der Familie ergreifen. Generationen, die durch unrechtmäßige Mittel entstanden sind, sind eine Katastrophe für die Gesellschaft. Außereheliche Affären, die das Produkt eines westlichen Lebensstils sind, der nicht mit unseren Sitten, Werten und unserer Kultur übereinstimmt, sind Verhaltensweisen, die die Sicherheit dieser Generation bedrohen. Kinder, deren Abstammung unbekannt ist und die in zerrütteten Familienstrukturen ohne

elterliche Zuneigung aufwachsen, werden sowohl für den Staat als auch für die Gesellschaft zum Problem. Außereheliche Affären, die zur Entstehung einer egoistischen und individualistischen Gesellschaft ohne Gnade und Mitgefühl führen, sollten verhindert werden.

Zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Einzelpersonen sollte die Möglichkeit gegeben werden, als Vermittler zu fungieren, um zwischen Ehepartnern, die Probleme haben und kurz vor der Scheidung stehen, Frieden zu schließen. Diese Initiativen sollten vom Staat gefördert werden, die Scheidungsrate sollte gesenkt und die Familienstruktur der Gesellschaft sollte geschützt werden.

Im Rahmen dieser allgemeinen Grundsätze;

Damit Frauen trotz ihrer Erwerbstätigkeit nicht ihre Kinder und ihre Familie vernachlässigen, müssen im Berufsleben notwendige gesetzliche Regelungen und Verbesserungen vorgenommen werden.

Bei der Regelung der Rolle von Frauen müssen Glaubenssätze und gesellschaftliche Werte berücksichtigt werden. Es muss darauf geachtet werden, Frauen in Berufen zu beschäftigen, die ihrem Wesen entsprechen.

Um Gewalt und Ausbeutung gegenüber Frauen und Kindern zu verhindern, müssen abschreckende Maßnahmen und gesetzliche Regelungen getroffen werden.

Zusätzlich zu allen Arten von Veröffentlichungen und Anreizen, die die Scheidungsrate in der Gesellschaft erhöhen, sollte eine Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aufgebaut werden, um die Gründe für Scheidungen zu ermitteln und zu verbessern.

Bordelle sollten geschlossen und Maßnahmen zur Verhinderung der Prostitution rasch ergriffen werden.

Die Alphabetisierungsrate und das Bildungsniveau der Frauen müssen verbessert und die Hindernisse dafür beseitigt werden. Kopftuch und Schleier, die die Hauptursache für die niedrige Alphabetisierungsrate darstellen, müssen liberalisiert und das Bildungs- und Ausbildungsniveau erhöht werden.

Den Sozialhilfeeinrichtungen sollten zusätzliche Mittel aus öffentlichen Quellen zugewiesen werden, damit Menschen, die heiraten und eine Familie gründen möchten, ein Zuhause haben können.

Für Neugeborene sollte ein angemessener Zuschuss an die Familie gezahlt werden. Bei den Kosten für die Kinderbetreuung sollte Unterstützung gewährt werden.

Die Gründe, die Kinder zur Arbeit zwingen, müssen beseitigt werden. Der Missbrauch von Kindern durch ihre Familien und ihre Zwangsarbeit auf der Straße müssen verhindert werden.

Familien soll durch langfristige Wohnungsbaudarlehen der Erwerb von Wohneigentum ermöglicht werden.

## **E - Jugend und Sport**

Zu den Prioritäten des Staates sollte es gehören, die Jugend zu schützen und sicherzustellen, dass sie zu Individuen heranwächst, die für die Gesellschaft und die Menschheit von Nutzen sind, und dass sie zu moralischen, gebildeten und gesunden Menschen heranwachsen. Zu diesem Zweck sollten in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und lokalen Regierungen die notwendigen Vorkehrungen getroffen werden.

Gegen obszöne und pornografische Veröffentlichungen, die sich negativ auf die geistige, physische und psychische Entwicklung junger Menschen auswirken, müssen abschreckende Maßnahmen ergriffen werden. Darüber hinaus müssen die Kontrollen in dieser Hinsicht verstärkt werden und die Medien müssen in die

Pflicht genommen werden, ihre pädagogische Verantwortung zu übernehmen.

Um zu verhindern, dass unsere im Ausland lebenden Jugendlichen ihren eigenen Glauben und ihre Werte verlieren und sich assimilieren, sollten in Zusammenarbeit mit in diesem Bereich tätigen zivilgesellschaftlichen Organisationen die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden.

Für die körperliche Gesundheit der Gesellschaft sollten in allen Siedlungen öffentliche und kostenlose Sportanlagen mit offenen und geschlossenen Bereichen eröffnet und der Amateursport gefördert werden.

### **F - Bürger mit Behinderung**

Kein Mensch sollte aufgrund seiner körperlichen oder geistigen Behinderung als Bürger zweiter Klasse behandelt werden dürfen.

Zu den grundlegenden Aufgaben des Staates gehört es, die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass behinderte Bürgerinnen und Bürger gleichberechtigt von öffentlichen Dienstleistungen profitieren und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, ohne von anderen abhängig zu sein.

In Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden sollten strukturelle Maßnahmen ergriffen werden, beispielsweise die Ein- und Ausgänge von städtischen Gebieten, Arbeitsplätzen sowie öffentlichen und privaten Gebäuden so zu gestalten, dass sie für behinderte Bürger leicht zugänglich sind. Die hierfür erforderlichen rechtlichen Regelungen sollten getroffen werden.

Angesichts der unzureichenden Zahl an Behindertenparkplätzen sollte deren Zahl erhöht werden.

Haltestellen und Fahrzeuge des öffentlichen Nahverkehrs sollten

überarbeitet werden, um das Leben behinderter Bürger zu erleichtern und ihnen gleichzeitig die Möglichkeit zu geben, ihr soziales Leben fortzusetzen.

Es sollten Regelungen erlassen werden, die die Integration behinderter Menschen in die Gesellschaft und die Teilnahme am Arbeitsleben fördern. Die wirksame Umsetzung von Gesetzen, die die Beschäftigung behinderter Menschen im öffentlichen und privaten Sektor vorschreiben, sollte sichergestellt werden.

Es sollen Wohnprojekte für behinderte Bürger entwickelt werden.

Aufgrund der zusätzlichen Belastungen durch eine Behinderung sollten Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente vorgenommen und allen behinderten Menschen, die auf häusliche Pflege angewiesen sind, monatliche Hilfen gewährt werden.

## **G - Rechte von Gefangenen und Sträflingen**

Die Haftbedingungen sollten verbessert werden und es sollten Vorkehrungen getroffen werden, um die Würde sowie die körperlichen, geistigen und sozialen Rechte der Gefangenen und Verurteilten zu gewährleisten. Inhaftierten und verurteilten Personen wird eine schulische und berufliche Ausbildung ermöglicht, um ihnen die Anpassung an das soziale, wirtschaftliche und kulturelle Leben nach ihrer Entlassung aus der Haft zu erleichtern.

Verheirateten Häftlingen und Strafgefangenen ist die Möglichkeit zu geben, mindestens einen Tag im Monat mit ihrer Familie zu verbringen.

Die Regierung soll den Familien von Häftlingen und Sträflingen, die Schwierigkeiten haben, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, finanzielle Unterstützung zukommen lassen.

Die Praxis, Häftlingen und Strafgefangenen Stromgebühren zu erheben, sollte beendet werden.

Es sollte darauf verzichtet werden, den Häftling zur Zahlung seiner Verpflegung im Gefängnis aufzufordern.

Die Dauer der monatlichen offenen Besuche in Justizvollzugsanstalten sollte erhöht werden.

Häftlinge und Verurteilte werden in den Gefängnissen untergebracht, die dem Wohnort ihrer Familien am nächsten liegen. Die Praxis der Verbannung an weit entfernte Orte, die eine Kollektivbestrafung der Inhaftierten und Verurteilten sowie ihrer Familien bedeutet, muss abgeschafft werden.

Pflegebedürftigen Häftlinge und Verurteilte mit chronischen Erkrankungen soll es gemäß den Bestimmungen der Bewährungshilfe ermöglicht werden, ihre Strafe zu Hause zu verbüßen.

Die Praxis der verschärften lebenslangen Freiheitsstrafe, die die Menschenwürde missachtet, sollte zusammen mit dem Sondervollzugsregime abgeschafft werden.

## **H - Kultur und Kunst**

Kultureller und moralischer Verfall, Glaubensfeindlichkeit, Gewalt und Obszönität müssen bekämpft werden.

Kulturelle und künstlerische Aktivitäten, die unseren Werten und unserer Moral nicht widersprechen, sollten gefördert werden.

Bibliotheken sollen weitverbreitet werden, Kulturzentren sollen aus der Inaktivität herausgeholt und zugänglich gemacht werden und es sollen die notwendigen Vorkehrungen getroffen werden.

Es sollten Anreize geschaffen werden, um den Menschen dabei zu helfen, sich das Lesen von Büchern anzugewöhnen.

Das Bibliothekswesen sollte im Internet entwickelt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Die staatliche Förderung kultureller und künstlerischer Aktivitäten wie Theater und Kino sollte projektbezogen sein.

Die Verbreitung von Kultur-, Kunst- und Bildungsprogrammen in den Medien sollte gefördert werden.

Zum Schutz des kulturellen Erbes, das einen gemeinsamen Wert der Menschheit darstellt, müssen die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden.

## **I - Druck - Visuell Presse und Kommunikation**

Das Recht, Informationen zu erhalten und seine Meinung frei zu äußern, ist eines der grundlegenden Menschenrechte. Während die Freiheit der Bürger, sich Nachrichten und Informationen zu beschaffen, geschützt ist, sollten Eingriffe in das Privatleben des Einzelnen nicht zugelassen werden.

Zum Schutz der Privatsphäre und der Kommunikation müssen alle rechtlichen Maßnahmen ergriffen werden.

Es müssen die notwendigen rechtlichen Vorkehrungen getroffen werden, um die Freiheit auf den Empfang genauer Informationen und Nachrichten zu schützen und die Presse- und Kommunikationsfreiheit zu gewährleisten.

Monopolisierung und Kartellbildung sollten im Bereich der Print- und visuellen Medien nicht zugelassen werden.

Es müssen die notwendigen Vorkehrungen getroffen werden, um zu verhindern, dass der RTÜK, der die Medien beaufsichtigt, als Instrument für politischen Druck auf die Medien missbraucht wird.

Um das Kommunikationssystem auf den neuesten Stand zu bringen, müssen Telekommunikations-, Rundfunk-, Fernseh- und Informationsnetze auf- und ausgebaut werden, die den Nutzern

alternative Wahlmöglichkeiten bieten und kostengünstige, qualitativ hochwertige und sichere Dienste bereitstellen.

## **J - Wissenschaft und Technologie**

Wissenschaft und Technologie sind für die Entwicklung und das gesellschaftliche Wohlergehen von großer Bedeutung. Um Wissenschaft und Technologie in wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen umzuwandeln und auf den globalisierten und wachsenden Weltmärkten eine wettbewerbsfähige Wirtschaft zu haben, sollten Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik stehen.

Der Anteil der staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollte erhöht werden und der Privatsektor sollte durch Anreize dazu ermutigt werden, sich stärker auf seine Arbeit auf diesen Bereich zu konzentrieren.

Schulen und Universitäten sollen mit modernster Technik ausgestattet und zu Zentren der Wissenschaft ausgebaut werden.

Neue Technologien sollen möglichst schnell ins Land gebracht und Kooperationen zwischen Universitäten und der Industrie realisiert werden.

## **K - Urbanisierung und Wohnungsbau**

Unser vorrangiges Ziel besteht darin, die Städte zu den lebenswerten, geräumigen Orten zu machen, nach denen sich die Menschen sehnen, statt einer ungesunden und ungeplanten Urbanisierung.

Ungeplante Urbanisierung und illegaler, nicht erdbebensicherer Wohnungsbau sollen verhindert werden.

Die Infrastrukturprobleme der Städte sollten gelöst und unterirdische Verkehrsprojekte in Großstädten gefördert und unterstützt werden.

Die Anzahl und Qualität der Grünflächen und Plätze in der Stadt, auf denen sich die Menschen erholen und Sport treiben können, sollte so weit erhöht werden, dass die Menschen gesund und komfortabel leben können.

Um die Verkehrsprobleme der Großstädte zu lösen, sollten die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel und der Einsatz von Schienensystemen ausgebaut und gefördert werden.

Es sollten Mittel für den Schutz des historischen Erbes und der kulturellen Werte bereitgestellt und das gesellschaftliche Bewusstsein entwickelt werden.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit und zivilgesellschaftlicher Organisationen an Entscheidungen, die die Stadt betreffen, Die Teilnahme sollte sichergestellt werden.

## **L - Verkehr**

Um die Zahl der Todesopfer und Sachschäden bei Verkehrsunfällen zu verhindern, soll bereits in der Grundschule ein Aufklärungs- und Sensibilisierungsprogramm durchgeführt werden.

In Städten mit hoher Bevölkerungsdichte sollten die öffentlichen Schienenverkehrssysteme ausgebaut und Hochgeschwindigkeitszüge im ganzen Land ausgebaut werden, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten und die Transportkosten zu senken.

Die laufenden Projekte für Schnellstraßen und Autobahnen sollen rasch abgeschlossen werden und mit dem Bau neuer Straßen soll begonnen werden.

Fahrer dürfen nicht mit der Absicht bestraft werden, den Staatshaushalt finanziell zu unterstützen. Polizeibeamte, die für die Verkehrskontrolle zuständig sind, sollten einer Fortbildung unterzogen werden, um sicherzustellen, dass ihre Hauptaufgabe dar-

in besteht, mögliche Unfälle zu verhindern und die Öffentlichkeit über die Verkehrsregeln aufzuklären. Zudem sollte eine angemessene Überwachung gewährleistet sein, um willkürliche Strafen zu verhindern.

Um Zeit- und Kraftstoffverschwendung sowie Verkehrsstaus zu vermeiden, sollten moderne Techniken eingesetzt werden, die es ermöglichen, dass sich die Signalsysteme an die Verkehrsdichte anpassen. an die Kommunalverwaltungen sollte in dieser Hinsicht finanzielle Unterstützung gewährt werden.

Die Fahrradnutzung sollte gefördert werden und Fahrradwege sollten in Städten zu eigenständigen Straßen ausgebaut werden.

### **M - Verbindung**

Um den Straßenverkehr zu reduzieren und die Verkehrssicherheit zu gewährleisten, sollte im Güter- und Personenverkehr der Schwerpunkt auf den Schienen- und Seeverkehr gelegt werden. Die Zahl der Flugzeuge und Flüge im Luftverkehr soll erhöht und das Schienennetz auf den neuesten Stand gebracht werden, um den Schienenverkehr sicherer und schneller zu machen.

Um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten und die Transportkosten zu senken, sollten Hochgeschwindigkeitszüge im ganzen Land flächendeckend eingesetzt werden.

Die Kapazität und die Standards der Flughäfen sollten erhöht und die Gründung privater Luftfahrtunternehmen gefördert werden.

Die Infrastruktur der Kreis-, Stadt- und Dorfstraßen soll an den zunehmenden Autoverkehr angepasst und ihr Standard erhöht werden.

Um das Handels- und Wirtschaftsleben wiederzubeleben, den Transport zu erleichtern und die zwischenmenschlichen Bezie-

hungen zu verbessern, sollten überall dort Brücken und Straßen gebaut werden, wo es nötig ist.

Die Nutzung ausschließlich für Frauen zugänglicher Transportmittel, in denen sie bequem und sicher reisen können, soll im ganzen Land allgemein verbreitet werden.

## **N - Umwelt**

Unser Hauptziel ist der Schutz der natürlichen Ressourcen für die menschliche Gesundheit und die Verhinderung von Umweltverschmutzung.

Es sollte eine Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft Organisationen aufgebaut werden, die sich mit Umweltfragen befassen, und es sollten rechtliche Regelungen getroffen werden, um den lokalen Regierungen mehr Macht zu verleihen.

Eine Politik zum Schutz von Natur und Umwelt muss als Grundlage dienen. Es muss die rechtliche Infrastruktur geschaffen werden, um Grünflächen für die Bebauung freizugeben und den Missbrauch landwirtschaftlicher Flächen sowie die industrielle Nutzung produktiver landwirtschaftlicher Flächen zu verhindern.

Um das Umweltbewusstsein schon in jungen Jahren zu fördern, sollte ein Umweltkurs in den Lehrplan der Grundschule aufgenommen werden. Bildungsmaßnahmen sollten durchgeführt werden, um die notwendige Sensibilität und das Bewusstsein in der Gesellschaft zu entwickeln.

Aus arbeitsmarktpolitischen und wirtschaftlichen Gründen darf eine Industrialisierung, die der Gesellschaft schadet, die Umwelt verschmutzt und die natürliche Struktur zerstört, nicht zugelassen werden. Um eine durch die Industrialisierung verursachte Umweltverschmutzung zu verhindern, müssen die notwendigen

gesetzlichen Regelungen zur Kontrolle von Industrieabfällen getroffen werden.

Bei Fragen des Meeres- und Umweltschutzes sollte mit Berufskammern und Zivilgesellschaft Organisationen zusammengearbeitet werden.

Mit der zunehmenden Menge an Müll und Abwasser nehmen auch die Schäden zu, die sie für Umwelt und Luft verursachen. Zunächst sollte in Großstädten so schnell wie möglich eine Zusammenarbeit mit den lokalen Regierungen aufgebaut werden, indem Mittel aus öffentlichen Mitteln bereitgestellt werden, und bestehende Projekte sollten so schnell wie möglich abgeschlossen werden.

In Erosionsgebieten sollte der Schwerpunkt auf die Aufforstung gelegt werden, um Wüstenbildung und Bodenverlust zu verhindern.

## **O – Tourismus**

Wir betrachten den Tourismus nicht als einen Sektor, der nur zur Wirtschaft beiträgt.

Wir betrachten den Tourismus als eine Möglichkeit, Freundschaften zwischen den Völkern der Welt zu entwickeln und auch, einander kennenzulernen und alle Arten des menschlichen Erbes zu teilen.

Zu diesem Zweck;

Der Kongress- und Messtourismus soll ausgebaut und Kooperationen mit in diesem Bereich tätigen Unternehmen und Reisebüros aufgebaut und ihnen die notwendige Unterstützung zukommen lassen.

Aufgrund des Quotensystems in Saudi-Arabien müssen die meis-

ten Muslime, die an der Pilgerfahrt Hadsch teilnehmen möchten, jahrelang warten. Um die unserem Land zugeteilte Quote zu erhöhen und unseren Pilgern alle möglichen Annehmlichkeiten zu bieten, sollten Gespräche auf höchster Ebene mit der saudischen Regierung geführt und diese Quote erhöht werden.

Die Verbreitung von Unmoral und Prostitution zum Zwecke der Tourismuseinnahmen darf nicht geduldet werden. Es müssen die notwendigen Maßnahmen zum Schutz der allgemeinen Moral der Gesellschaft ergriffen werden. Es muss mehr in den religiösen Tourismus investiert werden.

Der Tourismus wurde immer aus einer einseitigen Perspektive betrachtet. Dabei wurde die Möglichkeit berücksichtigt, dass Touristen aus dem Ausland Devisen im Land lassen. Die Probleme unserer Bürger, die als Touristen ins Ausland reisen, wurden dabei ignoriert. In der Tourismuspolitik sollten die notwendigen Massnahmen ergriffen werden, um sicherzustellen, dass unsere Bürger in den Ländern, die sie besuchen, mit Würde behandelt werden.

Damit unsere Bürger bei Auslandsreisen problemlos Visa von Ländern erhalten können, die ein Visum verlangen, sollten mit den betreffenden Ländern Vereinbarungen getroffen werden, um unseren Bürgern ein bequemes Reisen zu ermöglichen.

Eine Bebauung von Grünflächen zu touristischen Zwecken sollte vermieden werden und auf die Erhaltung der natürlichen Struktur sollte geachtet werden.

## VII - ABSCHLUSS

Wir sind davon überzeugt, dass die Menschheit nur dann aus der spirituellen Krise, den materiellen Entbehrungen, der Unterdrückung und Ausgrenzung gerettet werden kann, wenn sie zu ihrem Wesen und ihrer Natur zurückkehrt:

- Das Gute gebieten, das Böse verbieten,
- Die humanitären und islamischen Werte wiederzubeleben, die uns zu dem machen, was wir sind, und sie lebenswert zu machen,
- Um sozialen Frieden und Ruhe zu gewährleisten,
- Grundlage für die Anerkennung und Ausübung von Rechten und Freiheiten schaffen,
- Um die Menschen vor der Knechtschaft und dem Verfall durch Ideologien zu bewahren und ihnen wahre Freiheit zu ermöglichen,
- Die grundlegenden Werte der Gesellschaft in die Politik einzubringen und sie entscheidend machen,
- Das System mit den Glaubenswerten der Gesellschaft kompatibel zu machen, nicht die Gesellschaft mit dem System,
- Um die Sicherheit von Leben, Eigentum, Religion, Geist und Generation zu gewährleisten,
- Um sicherzustellen, dass der Glaube so praktiziert wird, wie er sollte, und nicht nur im erlaubten Umfang,

- Aufbau eines Bildungssystems, das Wissen und Weisheit vereint und auf Chancengleichheit beruht,
- Um die Wirtschaft des Landes vor dem Joch des globalen Kapitals zu retten, das unsere Zukunft verpfändet hat,
- Um soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten,
- Beseitigung der Ungerechtigkeit bei der Einkommensverteilung und Verbreitung des Wohlstands an der Basis,
- Um die Kurdenfrage auf der Grundlage der Gerechtigkeit zu lösen und zu verhindern, dass sie politischen Interessen geopfert wird,
- Als Vertreter von Gemeinschaften, denen es an politischer Vertretung mangelt,
- Um sicherzustellen, dass die Justiz fair, unabhängig und unparteiisch ist,
- Die Gerechtigkeit in den Mittelpunkt der Außenbeziehungen zu stellen, gute Beziehungen zu den Nachbarländern zu entwickeln, nicht an der Unterdrückung teilzunehmen oder sie nur zu beobachten, um mit der Weltmacht auszukommen,
- Die Schaffung einer neuen Verfassung, die frei ist vom ideologischen Staatsverständnis, das Meinungsverschiedenheiten und Bevormundung ausschließt, indem sie der Nation Vorrang vor dem System gibt und das Volk mit einbezieht,
- Respektvoll und unparteiisch gegenüber der Religions-, Gewissens- und Organisationsfreiheit zu sein und weder unterdrückend noch zensierend zu sein,
- Keine Form von Folter oder Misshandlung dulden,
- Entwicklung eines wirtschaftlichen Ansatzes, der auf produktionsorientierter Entwicklung basiert und Zinsen, Verschwendung und externe Abhängigkeit verhindert,

- Helfer und Beschützer der Unterdrückten und Bedürftigen auf der ganzen Welt zu sein, ungeachtet ihrer Rasse, Religion und Sprache,
- Um die Annäherung und Einheit der islamischen Welt zu gewährleisten,
- Kopftücher und Hijab in allen Bereichen freizumachen, ohne Unterscheidung zwischen öffentlichen und privaten Bereichen,
- Umsetzung einer Sozialpolitik, die positive Diskriminierung von Behinderten, Frauen und anderen benachteiligten Gruppen legitimiert und ihnen Vorrang einräumt,
- Um die Bedingungen zu schaffen, die die Jugend, die unsere Zukunft und Hoffnung ist, davor bewahren, eine ausschweifende, alkohol-, drogen- und vergnügungssüchtige Jugend zu sein, und es ihr ermöglichen, Individuen zu werden, die sich spirituellen Werten widmen und der Menschheit von Nutzen sind,
- Um die geistige Verdorbenheit und moralische Korruption zu bekämpfen, die die Gesellschaft korrumpiert,
- Tugend und Würde in die Politik bringen, Dies sind die Ziele und Grundsätze **PARTEI DER GERECHTEN SACHE** (Hür Dava Partisi).

Ohne irgendeinen Nutzen, Vorteil oder Gefallen zu erwarten, erwarten wir die Belohnung nur von Allah, wissend, dass das erfolgreiche Erreichen der Ziele, die wir im Interesse der Wahrheit, für unser Volk, für die Einheit der islamischen Ummah und für ein brüderliches Leben der Völker der Welt in unser Programm aufgenommen haben, nur mit dem Willen Allahs möglich sein wird; Wir sind entschlossen, diesen Weg im Rahmen unserer Möglichkeiten und Kräfte gemeinsam mit allen zu beschreiten, die diese Überzeugung teilen, sich um die Zukunft sorgen und aufrichtige Anstrengungen und Bemühungen unternehmen werden, um eine tugendhafte Gesellschaft aufzubauen und zu bewahren.

**Unsere Sache;**

Es ist Freiheit,

Es ist Gerechtigkeit,

Es ist Gerechtigkeit,

Es ist das Ende der Unterdrückung,

Es ist Ruhe,

Es ist Frieden,

Es ist das Zusammenkommen von Menschen,

Es ist Brüderlichkeit...

Dies ist unser einziges Ziel.

Für dieses Ziel kämpfen wir mit unserer  
gesamten Existenz.

Mit dieser Anstrengung wollen wir die  
Gegenwart Allahs erreichen.

Das ist unser ganzer Kampf.

Wir laden alle, die sich nach einer Welt sehnen,  
die auf Gerechtigkeit und Rechtschaffenheit  
basiert, und deren Herz mit Freude durch  
Gelassenheit und Frieden erfüllt ist, zu

**PARTEI DER GERECHTEN SACHE**

(Hür Dava Partisi) ein.



